



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 71, Juni 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Die EU-Bürger haben die Selbstzerstörung gewählt

Montag, 8. Mai 2017, von Freeman um 08:00

Es begann schon bei der Wahl im Saarland, als ich im Artikel «Deutschland hat das Stockholmsyndrom» geschrieben habe: «*Es ist erschreckend. 70% der Deutschen haben ihre Geiselnnehmer (CDU und SPD) wieder gewählt, wie das Resultat in Saarland zeigt. Sie solidarisieren sich mit den Verbrechern an der Macht, die sie belügen, ausnehmen und verraten.*» Die gleiche Aussage trifft auf das Wahlergebnis vom gestrigen Sonntag in Schleswig-Holstein zu. Die «Küstenkoalition» wurde sehr deutlich abgewählt und die CDU kam als stärkste Partei hervor. Die deutlichen Gewinne im Saarland und in Schleswig-Holstein zeigen, dass die Mehrheit der Wähler der CDU am ehesten zutraut, die Geschicke des Landes zu leiten, was auch ein Votum für die Kanzlerin darstellt. Alternative Parteien wie die AfD, Linke und Piraten haben von den Wählern keine Chance bekommen. Über so viel Blödsinn kann ich nur den Kopf schütteln.

Die Deutschen wollen offensichtlich nach 12 JAHREN Merkel-Regime noch weitere VIER Jahre von ihr verarscht werden ... und über ihren Buben Macron lenkt sie auch noch Frankreich!

Das gleiche trifft auf Länderebene zu, mit Österreich und der Wahl von Alexander Van der Bellen. Dümmer geht's nicht. Und jetzt die Franzosen. Haben sie doch am Sonntag Emmanuel Macron – die Puppe der Bilderberger und von Rothschild – mit deutlicher Mehrheit von fast 65 Prozent zum Präsidenten gewählt. Einen Kasper, der bisher NOCH NIE in irgendein Amt gewählt wurde und NOCH NIE irgendwas geführt hat. Weder ein Dorf noch eine Stadt, oder eine Provinz. Was qualifiziert ihn dann als Präsidenten, die «Grande Nation» zu führen? NICHTS!!!

Man hat also einem Nobody, der keinerlei Führungserfahrung hat, das Steuer über das Schiff genannt «France» gegeben. Einen besseren Beweis, dass Macron nur ein Statist ist, der nichts zu sagen hat und von oben gelenkt wird, gibt es nicht. Niemals würde in der Wirtschaft jemand in eine solche Top-Position kommen, der vorher nicht eine Abteilung und eine Niederlassung geleitet hat. In Frankreich hat man jetzt den Postboten zum Konzernchef gemacht. Ist doch ein Witz und zeigt wie absurd die Politik ist.

Jedenfalls zeigen die Wahlergebnisse vom Wochenende, dass die Wähler völlig bescheuert und eigentlich unzurechnungsfähig sind. Sie haben mit ihrer Stimmenmehrheit für die kriminelle Elite, für das Establishment, für die Hochfinanz, für die Globalisten und für die Kriegshetzer ihre eigene Selbstzerstörung gewählt. Damit wird weiter mehr von dem an verbrecherischer Politik umgesetzt, was Europa überhaupt in die Krise gebracht hat.

Mehr Souveränitätsverlust, mehr Diktatur von Brüssel, mehr Globalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen, mehr Genderismus und Liberalismus, mehr Masseneinwanderung, mehr Terrorismus und mehr NATO-Interventionen und Schüren von Konflikten mit Russland.



BESCHEUERT ist deshalb gar kein Ausdruck, und ich habe jegliche Hoffnung verloren, dass man die EU-Bürger zu einer politischen Wende und Abkehr vom ausbeuterischen System bewegen kann. Sie bekommen, was sie verdienen!

Na dann viel Glück mit der Puppe Macron und seiner «Mutter» an der Seite.

Macron wurde von der globalen Elite ausgewählt, weil sie genug Dreck über ihn wissen und ihn damit manipulieren, und wenn notwendig, auch zerstören können, wenn er nicht ihren Befehlen folgt.

Die Rothschilds und Bilderberger lachen sich heute schief und feiern, wie sie ihre Marionette bei den Schlaflosen doch wieder durchgebracht haben, die jede Propagandalüge der Medien glauben. Er sei ein «Unabhängiger» und ein «fähiges Staatsoberhaupt», das ist doch voll gelogen.

Unfähiger, abhängiger und höriger als dieses Bubengesicht gibt es nicht. Von Hollandes Botenjungen in nur wenigen Jahren zum Präsidenten, mit der Bewegung «En Marche!», die erst vor einem Jahr gegründet wurde. Diese «Bewegung» hat dieselben Initialen EM wie Emmanuel Macron, so arrogant, eingebildet und egoistisch ist er.

Übrigens, als neues «Präservativ» kann sich Macron gleich um die französischen Weinbauern kümmern, denn die wichtigsten Weinbaugebiete, einschliesslich Champagne, Bordeaux und Burgund, haben durch Frost einen Schaden von mindestens 1 Milliarde Euro erlitten. Die Temperaturen fielen im April unter Null und haben die Sprösslinge geschädigt. Um die Weinreben zu retten, haben die Bauern alles an Wärme eingesetzt wie Fackeln, Heissluftgeräte und sogar den Abwind von Helikoptern.

Gemäss der Vereinigung der Weinbauern von Bordeaux sind 60 Prozent der Anbaufläche betroffen. Einige Châteaux melden, dass sie alles verloren haben. Frankreichs gesamte Weinproduktion ist wegen der Kälte bereits vergangenes Jahr um 10 Prozent gefallen, und das macht einen Exportwert von 8,25 Milliarden Euro aus – ist also ein wichtiger Zweig der französischen Wirtschaft. Jetzt könnten dieses Jahr sogar 40 Prozent weniger Wein produziert werden.

So viel zur nächsten Lüge des Systems, das Klima würde sich wegen CO₂ erwärmen, was Macron ja auch vertritt. Die Weinbauern wären froh, wenn es so wäre.

Ach ja, die nächsten Wahlen in Frankreich stehen in wenigen Wochen bevor. Am 11. Juni (erster Wahlgang) und 18. Juni (zweiter Wahlgang) werden die 577 Abgeordneten des französischen Parlaments neu bestimmt. Dabei ist der Werdegang von Marion Maréchal-Le Pen zu beobachten. Die Nichte von Marine Le Pen wurde 2012 im Alter von 22 Jahren für das Département Vaucluse als jüngste Abgeordnete in die Nationalversammlung gewählt. Sie könnte in der Zukunft was werden.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/05/die-eu-burger-haben-die.html#ixzz4gZHUIDjl>

Jürgen Fritz: Es gibt keine «Flüchtlinge» in Deutschland, nur Ausländer und Immigranten

Von Gastautor Jürgen Fritz; Aktualisiert: 15. Mai 2017 9:05

Es gibt keine «Flüchtlinge» in Deutschland. Dies ist ein gezielt falsch eingesetzter, politisch perfide instrumentalisierter Begriff. Es gibt nur Ausländer und Immigranten. Sind diese, so sie aus Afrika und dem arabisch-islamischen Kulturkreis kommen, insgesamt tatsächlich eine Bereicherung oder sind sie in toto eine riesige Belastung und Gefährdung unserer inneren Sicherheit und unseres kulturellen Kapitals? Hier die Fakten.

Ein wesentlicher Bestandteil autoritärer Herrschaftsstrukturen ist die Überwachung und genaue Regelung der Sprache, schreibt David Berger auf «philosophia-perennis». Bereits Orwell habe dies treffsicher erkannt. Denn Sprache spiegele nicht nur Bewusstsein, sondern bilde dieses auch.

Für Berger ist die Überwachung der geschriebenen Sprache in den sozialen Netzwerken inzwischen ein ganz wesentlicher Bestandteil der «Neuen Zensur» geworden. So habe vor nicht mal einem Jahr ein «ARD-Sprachpolizist» einen Kommentator auf der Facebookpräsenz der Sendeanstalt wissen lassen: «Sie hatten Flüchtlinge in Anführungszeichen gesetzt, das kommt einem «sogenannten» gleich. Deswegen wurde Ihr Kommentar gelöscht.» Berger weiter: Ganz abgesehen davon, dass diese Zensurmassnahme zeigt, wohin wir derzeit steuern, weist Jürgen Fritz nun nach, dass der Kommentator die Anführungszeichen völlig korrekt gesetzt hat.

Es gibt keine «Flüchtlinge» in Deutschland

Zunächst eine wichtige Fest- und Klarstellung: Es gibt keine «Flüchtlinge» in Deutschland. Dieser Ausdruck ist Teil einer gigantischen Manipulations- und Täuschungskampagne (Orwellscher Neusprech), hinter der be-

stimmte Ziele stecken, und zwar andere als die, die von den Akteuren vorgegeben werden, die die Massenimmigration befürworten und sogar noch antreiben.

Mit diesem Ausdruck sollen auf perfide Weise gezielt falsche, aber gewünschte Assoziationen evoziert werden, die an unser Mitgefühl, unsere Menschlichkeit und unsere Güte andocken und diese für ihre Zwecke instrumentalisiert, sprich ausnutzen. Welcher anständige Mensch würde einen Verfolgten, der auf der Flucht und in akuter Lebensgefahr ist, nicht bei sich aufnehmen und ihm Schutz bieten wollen?

Flüchtlinge gibt es in Syrien oder in der Türkei, nicht aber bei uns. Was es bei uns gibt, sind:

- Ausländer (keine deutsche Staatsangehörigkeit): ca. 8,65 Millionen (Stand: Ende 2015), bezogen auf ca. 82 Millionen Gesamtbevölkerung entspricht dies **knapp 11 Prozent** – Tendenz steigend, und
- direkte und indirekte **Immigranten** (Menschen mit Migrationshintergrund): über 17,1 Millionen auf knapp 64,3 Millionen Ursprungsdeutsche, entspricht **über 21 Prozent** (Stand: Ende 2015) – Tendenz weiter steigend.

Helfen oder aufnehmen?

Eine weitere wichtige Unterscheidung, die die Migrationsanheizer bewusst und gezielt zu verwischen suchen, ist die zwischen a) helfen und b) jemanden bei sich aufnehmen. Ersteres kann in fast allen Fällen zigmal effektiver vor Ort oder in unmittelbarer Nähe erfolgen als viele tausende Kilometer entfernt, wo die Kosten um ein Vielfaches höher sind. Entwicklungshilfeminister Gerd Müller im Juli 2016: **«Ein Dollar in Dohuk im Irak eingesetzt, hat die dreißigfache Wirkung wie ein in München eingesetzter Dollar.»**

Das aber heisst, den Menschen kann mit einem zehntel, zwanzigstel, dreissigstel oder noch weniger Aufwand vor Ort viel besser geholfen werden respektive mit dem gleichen Aufwand kann statt einem, zehn, zwanzig, dreissig oder noch mehr Menschen geholfen werden. Dies zeigt bereits, dass es den Migrationsbefürwortern in Wahrheit um ganz anderes geht als Menschen, die in Not sind, effektiv zu helfen. Ihnen geht es darum, Deutschland respektive ganz Europa auf lange Sicht mit Millionen über Millionen Migranten regelrecht zu fluten.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen sie aufnehmen mit helfen gleich, um den Menschen zu suggerieren: Wer andere nicht bei sich aufnehmen möchte, der wolle diesen Personen nicht helfen, was natürlich nicht nur völlig falsch, sondern absurd ist. **Offensichtlich wird hier darauf abgezielt, in seinen Mitbürgern ein schlechtes Gewissen zu evozieren, um sie so zur Zustimmung zu den eigenen Zielen zu nötigen** (stark manipulativer Zug).

In der Sache wird natürlich umgekehrt ein Schuh daraus: Wer mit seinen begrenzten Ressourcen so vielen Menschen wie nur irgendmöglich helfen will, der nimmt sie nicht bei sich auf, sondern hilft ihnen dort, wo die Kosten am geringsten sind, um so einer maximalen Zahl von Personen Hilfe zukommen zu lassen, zumal wenn man weiss, dass die Ärmsten der Armen den Weg nach Europa niemals schaffen, sie ihn sich gar nicht leisten können. Was in Wahrheit hinter diesem Vorhaben steckt, Deutschland und Europa mit Migranten fluten zu wollen, darüber wird an anderer Stelle noch zu sprechen sein.

Inwiefern Immigranten aus Afrika und dem arabisch-islamischen Kulturkreis uns schaden

Wenn wir uns nun die Verbrechens- und Kriminalitätsraten a) der Ausländer, b) der direkten und indirekten Immigranten im Vergleich zu denen der Ursprungsdeutschen anschauen, die keinerlei Migrationshintergrund haben, so ist das Ergebnis ganz eindeutig und absolut erschreckend. Siehe dazu bspw. die sehr dezidierten Ausarbeitungen von Ines Laufer.

Fassen wir die Ergebnisse aller Untersuchungen kurz zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: **Mit jedem tausend Immigranten** aus Kulturräumen ausserhalb Europas, genauer: **aus Afrika und der arabisch-islamischen Welt** (dies gilt kaum oder gar nicht für ostasiatische Immigranten aus Südkorea oder Japan oder Immigranten aus Australien, Nordamerika etc.), **verschlechtert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung** in vielfacher Hinsicht:

1. was die ökonomische Leistungsfähigkeit anbelangt,
2. damit zusammenhängend die Bedürftigkeit von Sozialtransfers,
3. in Bezug auf Intellekt und Bildung, auch Zivilisiertheit (dies korreliert wiederum mit 1 und 2 und auch mit 4),
4. was die Kriminalität und die Verbrechen anbelangt, vor allem Gewaltverbrechen und ganz besonders sehr grausame Gewaltverbrechen.

Fazit

Mit jedem tausend Immigranten aus Afrika bzw. der arabisch-islamischen Welt, die ungefiltert in unser Hoheitsgebiet eindringen, wird die Zusammensetzung der Bevölkerung schlechter und schlechter und schlechter in all diesen Aspekten. Hinzu kommt, dass hierdurch das **Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung leidet**, was ein Verlust

des Vertrauens in die Mitmenschen nach sich zieht, dem Schlüsselement des kulturellen Kapitals, was dann wiederum eine schwere Beeinträchtigung des gesamten Lebensgefühls bewirkt. Dies alles ist keine Meinung (Immanuel Kant: Ein mit Bewusstsein sowohl subjektiv als objektiv unzureichendes Fürwahrhalten), dies alles sind **nachweisbare Fakten**.

Über den Autor: Jürgen Fritz studierte in Heidelberg Philosophie, Erziehungswissenschaft, Mathematik, Physik und Geschichte (Lehramt). Nach dem zweiten Staatsexamen absolvierte er eine zusätzliche Ausbildung zum Financial Consultant unter anderem an der heutigen MLP Corporate University. Er ist seit Jahren als freier Autor tätig. 2007 erschien seine preisgekrönte philosophische Abhandlung *Das Kartenhaus der Erkenntnis – Warum wir Gründe brauchen und weshalb wir glauben müssen* als Buch, 2012 in zweiter Auflage. Sein Blog: <https://juergenfritzphil.wordpress.com/>
Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/ist-es-korrekt-fluechtlinge-in-anfuhrungszeichen-zu-setzen-a2078267.html>

Windenergie ist weder sauber noch grün und sie trägt rein gar nichts zur globalen Energieversorgung bei

Von Matt Ridley für www.Spectator.co.uk, 13. Mai 2017

Wir müssen dringend mit dieser ökologischen Spielerei aufhören und in Gas und Atomkraft investieren.

Der Weltenergieerat gab kürzlich seinen neuesten Bericht heraus, in dem sie aufgeregt damit prahlen, dass sich «der Aufstieg der Windenergie auf dem Weltenergiemarkt weiter in unbegrenzter Geschwindigkeit fortsetzt, da im letzten Jahr weltweit 54 Gigawatt an sauberem und erneuerbaren Windkraftanlagen installiert wurden.»

Von dieser Art Verkündung und den obligatorischen Fotos von Windkraftanlagen in jeder BBC Geschichte oder Flughafenwerbung über Energie könnte man den Eindruck bekommen, dass die Windenergie heute einen grossen Anteil an der erzeugten Energie auf der Welt hat. Das wäre falsch. Ihr Beitrag ist nun nach Jahrzehnten – eher Jahrhunderten – des Ausbaus noch immer völlig vernachlässigenswert.

Hier eine Quizfrage; schummeln nicht erlaubt. Gesucht wird die am nächsten liegende ganze Zahl, welchen Prozentsatz an der Weltenergieproduktion die Windenergie im Jahr 2014 beigetragen hat, dem letzten Jahr für das Zahlen vorliegen? Waren es 20 Prozent, 10 Prozent oder vielleicht 5 Prozent? Nichts davon: Es waren 0 Prozent. Das ist die naheste ganze Zahl, es gibt auf dem Planeten Erde noch immer keine Windenergie.

Selbst wenn man Wind- und Sonnenenergie zusammennimmt, dann kommen noch immer weniger als 1 Prozent an der globalen Energienachfrage zusammen. Im Bericht von 2016 der Internationalen Energieagentur (IEA) zu den Schlüsselentwicklungen im Sektor der Erneuerbaren kann man nachlesen, dass die Windkraft im Jahr 2014 gerade einmal 0,45 Prozent an der Weltenergieversorgung ausmachte und Solar- und Tidenkraftwerke weitere 0,35 Prozent beitrugen. Nicht vergessen, hier geht es um die Energie insgesamt, nicht nur um den Strom, der weniger als ein Fünftel aller gebrauchten Energieformen ausmacht, während der große Rest für die Versorgung mit Wärme, für den Transport und für die Industrie gebraucht wird und aus festen, gasförmigen und flüssigen Treibstoffen besteht.

Solche Zahlen sind nicht allzu schwer zu finden, allerdings werden sie in Berichten der Solar- und Windlobby nur selten erwähnt. Ihr Trick besteht darin, sie hinter der Tatsache zu verstecken, dass knapp 14 Prozent der Weltenergieversorgung aus Erneuerbaren besteht, was impliziert, dass es sich dabei um Wind und Sonne handelt. Tatsächlich aber stammt die grosse Mehrheit davon – es sind drei Viertel – aus Biomasse (vor allem Holz) und ein grosser Teil ist «traditionelle Biomasse», also Stöcke, Wurzeln und Dung, der von den Armen der Welt verbrannt wird, um sich das Essen zu kochen. Diese Menschen brauchen Energie, aber sie zahlen dafür einen hohen Preis in Form von Gesundheitsproblemen, die sie sich wegen der Inhalation von Rauch zuziehen.

Selbst in reichen Ländern, wo mit subventionierter Wind- und Sonnenenergie herumgespielt wird, stammt ein Grossteil der erneuerbaren Energie aus der Verbrennung von Holz und aus Wasserkraftwerken, den zuverlässigen unter den Erneuerbaren. Gleichzeitig wächst der Weltenergiebedarf seit 40 Jahren jährlich um 2 Prozent. Zwischen 2013 und 2014, wieder Zahlen der IEA, wuchs die Nachfrage um knapp 2000 Terawattstunden.

Müsste all das ausschliesslich von Windturbinen bedient werden, wie viele müsste man davon wohl jedes Jahr bauen? Die Antwort lautet fast 350 000, da eine 2 MW Turbine im Jahr lediglich 0,005 Terrawattstunden erzeugen kann. Das wären zweieinhalb Mal so viele, wie weltweit gebaut wurden, seitdem die Regierungen Anfang der 2000er damit begannen, Gelder in diese sogenannte Industrie zu pumpen.

Bei einer Dichte von ungefähr 20 Hektar pro Megawatt, was typisch ist für Windfarmen, bräuchten diese Turbine eine Landfläche grösser als die britischen Inseln plus Irland. Jedes Jahr. Würden wir über 50 Jahre so weitermachen, dann wäre am Ende eine Fläche komplett mit Windrädern vollgestellt, die der Grösse Russlands

entspricht. Man darf nicht vergessen, dass es dabei nur um den Neubedarf an Energie geht, nicht darum, den riesigen, bereits bestehenden fossilen Energieproduktionspark zu ersetzen, der aktuell etwa 80 Prozent der globalen Energienachfrage bedient.

Man darf sich auch nicht in die Vorstellung flüchten, dass Windturbinen ja noch effizienter werden. Es gibt eine Grenze, bis zu der man Energie aus einer sich bewegenden Flüssigkeit ziehen kann, die Betz Grenze, und Windturbinen sind bereits nahe dran. Ihre Effektivität (der Ladungsfaktor, um einen Ingenieursbegriff zu verwenden) wird vom verfügbaren Wind bestimmt und dieser variiert unkontrollierbar von Sekunde zu Sekunde, von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr.

Als Maschinen sind Windturbinen bereits ziemlich gut; das Problem ist die Windressource selbst und die können wir nicht ändern. Es handelt sich um einen fluktuierenden Strom aus Energie mit niedriger Dichte. Die Menschheit hat schon lange aufgehört, kritische Transport- und Maschinenenergie aus ihr zu ziehen, und zwar aus gutem Grund. Sie ist einfach nicht allzu verlässlich.

Was den Konsum der Ressourcen und den Einfluss auf die Umwelt betrifft, so gibt es direkte Auswirkungen durch Windturbinen – Vögel und Fledermäuse müssen sterben, Betonfundamente müssen in der Natur versenkt werden – das ist schlimm genug. Aus den Augen und aus dem Sinn aber ist die Verschmutzung in der Inneren Mongolei aufgrund des Schürfens Seltener Erden für die Magnete in den Turbinen. Das erzeugt giftigen und radioaktiven Müll in einem epochalen Ausmass, weswegen die Phrase «saubere Energie» einfach nur ein kranker Witz ist und die Minister sich jedes Mal schämen sollten, wenn er über ihre Lippen kommt.

Aber es wird noch schlimmer. Abgesehen von den Fiberglasblättern sind Windturbinen überwiegend aus Stahl gebaut und stehen auf Zementfundamenten. Sie brauchen 200 Mal so viel Material pro Einheit wie ein modernes kombiniertes Heizkraftwerk. Stahl wird mit Hilfe von Kohle hergestellt und nicht nur, um damit die Hitze für den Schmelzprozess zur Verfügung zu stellen, sondern auch um den Kohlenstoff für das Verbundmaterial zu liefern. Auch Zement wird oftmals aus Kohle hergestellt. Die Maschine zur Erzeugung «sauberer» erneuerbarer Energie ist ein Produkt der fossilen Energiewirtschaft und grösstenteils eines der Kohlewirtschaft.

Eine 2 Megawatt Turbine wiegt mit Turm, Maschinenhaus, Rotor und Blätter etwa 250 Tonnen. Insgesamt braucht es etwa eine halbe Tonne Kohle, um eine Tonne Stahl zu erzeugen. Dazu kommen 25 Tonnen Kohle für den Zement, was sich auf 150 Tonnen Kohle pro Turbine summiert. Würden jährlich 350 000 Windturbinen gebaut (oder gerne eine kleinere oder grössere Anzahl), nur um mit dem steigenden Energiebedarf mithalten zu können, dann bräuchte es jedes Jahr insgesamt 50 Millionen Tonnen an Kohle. Das entspricht in etwa der Hälfte des jährlichen Kohleverbrauchs der EU.

Es tut mir leid, falls Sie dies bereits wussten, aber ich habe ein kommerzielles Interesse an Kohle. Nun scheint es so, als würde mir das schwarze Zeugs auch ein kommerzielles Interesse an «sauberer» grüner Windenergie geben.

Der Sinn hinter dieser Zahlenspielerlei besteht darin zu zeigen, wie völlig sinnlos es ist – zwar von Grund auf –, auch nur zu denken, dass Windenergie jemals einen bedeutenden Anteil an der Weltenergieversorgung erlangen könnte, nicht zu sprechen von den Emissionsreduktionen, ohne dabei gleichzeitig den Planeten zu ruinieren. Wie der verstorbene David MacKay vor einigen Jahren meinte, spricht die Mathematik eindeutig gegen solche unzuverlässige Erneuerbare.

Die Wahrheit ist, dass wer eine Zivilisation mit Strom versorgen, dabei aber weniger Treibhausgase ausstossen will, der muss die Produktion für Wärme, Transport und Strom hin auf Erdgas umstellen, von denen es – dank horizontalem Bohren und hydraulischem Fracking – wirtschaftlich abbaubare Reserven gibt, die weit grösser sind, als wir jemals geträumt haben. Es handelt sich auch um den fossilen Energieträger mit den geringsten Emissionen, wodurch die Emissionsintensität unserer Wohlstandsschaffung tatsächlich sinken könnte, während der Wohlstand weiter steigen kann. Eine gute Nachricht.

Und wir könnten etwas von unserem Wohlstand in die atomare Spaltung und Fusion investieren, damit wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht mehr auf Gas angewiesen sind. Das wäre eine machbare und saubere Zukunft. Alles andere ist nur eine politische Ersatzaktivität, eine, die als Klimapolitik in Wahrheit kontraproduktiv ist und beschämenderweise die Armen beraubt und die Reichen reicher macht.

Quelle: <http://1nselpresse.blogspot.de/2017/05/windenergie-ist-weder-sauber-noch-grun.html>

Tracking: Forscher finden Ultraschall-Spionagedienst in 234 Android-Apps

Veröffentlicht am May 8, 2017 in Onlinewelt von anonymous; von googlewatchblog.de

Dass man im Internet auf Schritt und Tritt ausspioniert und im schlimmsten Fall ständig überwacht wird ist bekannt und dürfte kaum noch jemanden überraschen. Doch dass das ganze in Verbindung mit einem Smartphone auch Offline geht – und auch aktiv angewendet wird –, zeigt nun eine neue Studie. Diese besagt, dass immer mehr Apps auf Signale von Ultraschall-Beacons reagieren und so den Nutzer sehr einfach und unbemerkt ausspionieren können.

Je nachdem in welcher Gegend man wohnt und wie häufig man unterwegs ist, wird jeder Mensch praktisch ständig und unbemerkt überwacht. An jeder Ecke und im ÖPNV hängen Kameras und erfassen alle Menschen. Doch diese Überwachungen sind grossteils noch «anonym» und lassen keinen Rückschluss auf die Identität der Person zu. Doch durch die Smartphones in den Taschen lässt sich das ändern, und das funktioniert sogar relativ leicht und erfreut sich immer grösserer Beliebtheit.

Wie eine Studie jetzt herausgefunden hat, setzen immer mehr Apps auf die Identifizierung des Nutzers durch Ultraschall. Während im Vorjahr noch sechs Apps auf diese Möglichkeit gesetzt haben, wurden in diesem Jahr schon ganze 234 Android-Apps im Play Store entdeckt, die über eine entsprechende API verfügen. Dieser extrem sprunghafte Anstieg dürfte vor allem dadurch begründet sein, dass die meisten Menschen diese Methode noch nicht kennen und so die potenzielle Gefahr der Spionage nicht sehen.

Und so funktioniert das Ganze: In Geschäften hängen Beacons, die für Menschen unhörbare Ultraschall-Signale aussenden. Die empfindlichen Mikrofone in den Smartphones können diese aber sehr wohl hören und darauf reagieren. Apps können anhand dieser Signale bestimmte Informationen erkennen, und das ganze ohne dass der Nutzer das mitbekommt. So kann eine App etwa erkennen, wann ein Nutzer ein bestimmtes Geschäft betritt, ohne dass auf GPS oder andere Möglichkeiten zur Ortung zurückgegriffen werden muss.

Das ganze funktioniert aber auch über das Fernsehen, so dass sich entsprechende auf dem Smartphone installierte Apps ganz einfach per Werbespot kapern lassen.

Im Dokument zur Studie gibt es leider keine Liste von Apps, beispielhaft wird aber die McDonalds-App erwähnt. Offenbar setzt die Fast-Food-Kette also die Möglichkeit ein, stets zu erkennen, wann ein Kunde eine Filiale betritt. Da die App vermutlich auf vielen Smartphones der Stammgäste installiert ist, kann diese so sehr leicht feststellen, in welchem Restaurant sich der Nutzer aufhält, wann er es betritt und auch wann er es wieder verlässt.

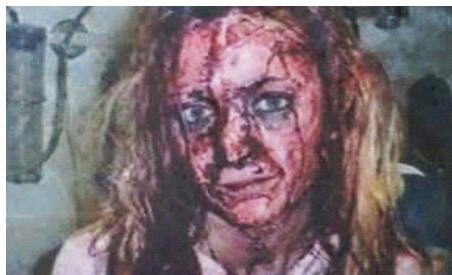
Natürlich muss sich aber auch der ausspionierte Nutzer selbst fragen, warum er einer App den Zugriff auf das Mikrofon erlaubt, wenn es diese für den normalen Einsatz eigentlich nicht benötigt.

Zur Zeit soll diese Methode vor allem in den USA zum Einsatz kommen, in Europa ist noch kein Fall bekannt. Doch das kann sich natürlich sehr schnell ändern, wenn sich die Möglichkeiten erst einmal herumsprechen. Prinzipiell muss diese Technologie aber nicht schlecht sein, denn natürlich kann es auch dem Kunden nutzen und ihm passende Angebote vorschlagen oder eine Navigationshilfe innerhalb des Geschäfts anbieten – die Möglichkeiten sind vielfältig und am Ende können beide Seiten profitieren.

Quelle: <http://derwaechter.net/tracking-forscher-finden-ultraschall-spionagedienst-234-android-apps>

Im Schleppnetz der Migrationskrise: Die schleichende Legalisierung der Vergewaltigung

Dienstag, 9. Mai 2017; Von Kit Daniels für www.InfoWars.com, 8. Mai 2017



Selbst schuld?

Westeuropa befindet sich auf dem Weg der Legalisierung
von durch Migranten begangenen Vergewaltigungen.

Frankreich, Schweden, Deutschland und andere europäische Länder sind auf dem Weg, Vergewaltigungen durch Migranten zu legalisieren, weil es «ihre Kultur ist».

So schockierend sich dies anhören mag, die Anzahl an Vergewaltigern, die in letzter Zeit fast straflos davon gekommen sind, lassen vermuten, dass bereits interne Mechanismen in Gang gesetzt wurden, um Vergewaltigungen durch Migranten zu legalisieren, weil sie die westlichen Vergewaltigungsgesetzgebung «kulturell nicht verstehen», geschweige denn das Wort «Nein».

Kurz gesagt, Vergewaltigungen durch Migranten werden als «kulturelle Missverständnisse» heruntergespielt, wodurch die Opfer keine Gerechtigkeit erfahren, und was bereits heute einer de facto Legalisierung der Vergewaltigung gleichkommt.

Beipielesweise sprach kürzlich ein deutscher Richter einen türkischen Drogenhändler vom Vorwurf der Vergewaltigung frei, obwohl er «jedes Wort» der Vorwürfe des 23 Jahre alten Opfers glaubte und das Opfer laut Richter «durchaus eine Vergewaltigung erlebt hat», wobei ihr unter anderem der Kopf zwischen zwei Stangen am Bett gedrückt wurde, nachdem sie nein sagte, was aber «kulturell» betrachtet, in der Türkei als «wilder Sex» durchgehen könnte.

Die Märkische Allgemeine berichtete: «Der Staatsanwalt meinte, dass der Freispruch ein herber Schlag für das Opfer gewesen sein muss. Auf der anderen Seite war eine Verurteilung nicht möglich, da die Absicht einer Vergewaltigung (durch den Angeklagten) nicht nachgewiesen werden konnte.»

Darüber hinaus behauptete der türkische Mann, dass er niemals eine Vergewaltigung begangen hätte, weil er eine Mutter und eine Schwester habe.

Damian Black von Return of Kings schrieb dazu: «Der linke Narrativ hat die ethnischen Deutschen so sehr indoktriniert, dass ihr inklusiver multikultureller Respekt und ihr bürokratischer Konformismus sogar in der Lage sind, etwas, das unzweifelhaft eine Vergewaltigung war, so zu verdrehen, dass daraus eine Frage des kulturellen Missverständnisses wird, was sowohl vom Gericht als auch von der sexuell attackierten Frau so akzeptiert wird. Nichts an dem Fall war verborgen, oder wurde verdeckt; alle Beweise lagen auf dem Tisch und wurden klar verstanden – nur um sie dann als ethnisches Missverständnis abzutun.»

Das Ganze ist aber nicht nur begrenzt auf Deutschland. Wie ich im April berichtete, entging in Schweden ein Moslem dem Gefängnis, nachdem er eine Jugendliche anal vergewaltigte, weil er «das Wort «Nein» nicht verstand», wie das Gericht von Westschweden meinte.

Das Gericht stellte sich auf die Seite des Migranten und liess vermuten, dass die «Nein»-Schreie des Mädchens sich nur auf erzwungenen Analsex bezogen, was der Richter aus welchen Gründen auch immer nicht als Vergewaltigung erachtete.

Und so war es auch im Februar, als ein schwedisches Gericht einen muslimischen Migranten zu nur zwei Jahren Haft verurteilte, nachdem er der analen Vergewaltigung eines 13 Jahre alten Mädchens schuldig gesprochen wurde. Dazu wurde ihm angeordnet, dem Opfer etwa 3000 Euro an Kompensation zu zahlen.

Das ist eine wahre Vergewaltigungskultur, die sich da in Europa (und seinen Gerichten, d.Ü.) breitmacht, aber bitte bloss nicht erwarten, dass amerikanische (oder deutsche, d.Ü.) Feministen davon etwas mitbekommen.

Quelle: <http://1nselfpresse.blogspot.de/2017/05/im-schleppnetz-der-migrationskrise-die.html>

So kämpft die EU gegen unsere Nationen

Was passiert, wenn sich die unausgereifte EU-Ideologie wirklich durchsetzt?

Ein Kommentar von Marcus Franz; 10. Mai 2017 Standpunkte



Bild Merkel: wikimedia.org, Alexander.kurz (CC BY-SA 3.0), Collage: Info-DIREKT

Die «Nation» als Seins-Begriff besteht – unabhängig von ihrer politischen Identifikation – aufgrund von geschichtlichen, ethnischen, sprachlichen, religiösen, geographischen, soziologischen und diversen anderen

Gemeinsamkeiten. Sie ist eine auf diesen Gegebenheiten beruhende Angelegenheit, die zunächst weder aggressiv noch kriegerisch ist.

Nationales Denken ist nicht Nationalismus

Die nationalistische Übersteigerung ist nicht im Genom der Nation vorprogrammiert, sondern sie ist immer erst von verschiedenen radikalen Interpreten heraufbeschworen worden. Das positive Element ihrer Existenz ist also immer zuerst da. Sei es bewusst oder unbewusst, eingestanden oder verleugnet – die Nation erweist sich an ihrer wesentlich stärker nach innen als nach aussen gerichteten Anziehungskraft.

Am Schluss steht wieder die Nation

Wenn man nun meint, man könnte ein Europa ohne die Nations-Identitäten herstellen, ist das schon auf der gegenwärtigen Ebene fragwürdig genug. Dies umso mehr, wenn es darum geht, Europa von den anderen Erdteilen abzusetzen: Da gelangt man doch auf dieser supra-nationalen Ebene genau wieder dorthin, wo man auf der nationalen Ebene meinte, aufhören zu können.

Dieselben Probleme – künstlich erweitert

Das «gemeinsame Europa» stünde also vor denselben Problemen, welche die angeblich jetzt so grossen «nationalistischen» Gefahren darstellen: Abgrenzungen, Identifikationen, Definitionen und alle diese Eigenschaften, die Nationen prinzipiell ausmachen und ausmachen müssen. Denn was wäre das nationenbefreite Europa anderes als eine neue, künstlich und per Zwang hergestellte Riesen-Nation, die sich von Grund auf erklären und ihre Ziele, Vorstellungen und Willensbekundungen der Welt mitteilen muss?

Wie so oft: Nicht zu Ende gedacht

Wenn unsere Dichter, Denker und EU-Politiker uns im Überschwang der europäischen Gefühle zu jedem Anlass erklären, wie wichtig es sei, den Nationsbegriff zu überwinden, so teilen sie uns ihre Gedanken nicht zur Gänze mit. Oder sie haben ihre Vorstellungen nicht zur Gänze durchgedacht. Es fehlt jedenfalls die letzte Ausformulierung und die letzte Konsequenz. Und die macht es aus.

In ihrem mit oft intellektuell bestechender Rhetorik vorgebrachtem Furor wider die Nation entwerfen die zahlreichen Internationalisten diverse Szenarien eines «gemeinsamen Europas», die einladend klingen mögen, aber eben nicht das unumgängliche «... et respice finem» beinhalten. Um nicht zu Ende argumentieren zu müssen, wird in diesen Situationen gerne mit der Nazi-Keule oder zumindest mit dem Rassismus-Prügel hantiert, so dass den Gegnern eines nationenbefreiten Europas gleich einmal Hören und Sehen vergehen und sie verstummen sollen.

Verunglimpfung der Nationen

Die Beibehaltung der Nationen wird als nationalistisch, rassistisch und rechtsextrem verunglimpft, dabei leitet sich der Wunsch nach Bewahrung der Nationen aus den eingangs beschriebenen Fakten ab und ist letztlich nichts anderes als die Verdichtung von archaischen und daher richtigen Gefühlen der Bürger.

Was soll ein «Europa der Regionen» sein?

Als Placebo wird den vielen besorgten Anhängern des Nationsbegriffs das sogenannte «Europa der Regionen» schmackhaft gemacht. Diese überall verteilten süßen Pillen sollen die bösen Nationalisten heilen. Doch wie sollte konkret ein «Europa der Regionen» aussehen?

Diffuser Kampfbegriff

Ist das Europa der Regionen als Farce gedacht, das ein auf Folklore beruhender paneuropäischer Trachtenverein mit jeweils regionalen Niederlassungen sein soll? Oder sollte es doch ein ernsthaftes Konstrukt darstellen, das nicht nur kulinarische Eigenheiten und die Volksmusik pflegt, sondern auch handfestere Dinge wie die regionale Amtssprache usw. festlegt? Wer bestimmt, wo die Regionen jeweils enden? Und wer zieht die Grenze(!), die unweigerlich auch im Konzept «Regionen» notwendig sein würde? Wer macht die Regeln der Regionen und wer ist dort die lokale Legislative, Exekutive und Judikative? Denkt man dieses Konzept zu Ende, dann sieht die Region alsbald wieder wie eine Nation aus ...

Real gelebter Trotzismus

Die Überwindung der Nationen als europäisches Ziel auszurufen, ist im Grunde nichts anderes als der Wunsch nach der Umsetzung von Leo Trotzki's Ideen, der die «permanente marxistische Revolution» und die Grenzenlosigkeit anstrebte. Ein nationenbefreites Europa entspricht somit den Vorstellungen der frühen Kommunisten

und Linksideologen. Folgerichtig ist diese Idee in der Sozialistischen Internationale nach wie vor enthalten, auch wenn sie hinter dem dort noch immer real existierenden Klassenkampf und dem Auftreten «gegen die Konzerne» verborgen wird.

Europa der Nationen

Ein gemeinsames Europa kann nur entstehen, wenn die Nationen gestärkt werden und wir ein «Europa der Väterländer» anstreben. Jede Zwangsmassnahme gegen die bestehenden Nationen und jede Bestrebung zur Auflösung derselben führt zu gravierendem Unmut und auch zur Entmündigung der Bürger. Die Unzufriedenheit der Europäer mit ihrem Projekt «Europäische Union» leitet sich vor allem aus dem Brüsseler Zentralismus und der Abgehobenheit der dort Verantwortlichen ab. Das Europa der Zukunft muss sich auf seine durch die Nationen gewährleisteten Seins-Bedingungen besinnen und das Wohl der Nationen zum ersten Ziel machen. Erst dann kann die Europäische Union auch zu einem wirklich gelungenen gemeinsamen Europa werden.

Über den Autor: Macus Franz «Der Konservative Rebell» ist Mediziner und parteifreier Abgeordneter im österreichischen Nationalrat. Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/05/10/der-kampf-der-eu-gegen-unsere-nationen/>

Am Ende löhnt immer der Steuerzahler

Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 14. Mai 2017

Steuerhinterziehung ist eines der am unnachgiebigsten verfolgten Vergehen und wird als Verbrechen betrachtet. Der Staat lässt sich sogar auf Geschäfte am Rande der Legalität ein, indem er illegale CDs mit Daten von Steuer-sündern erwirbt.

Auf der anderen Seite wird so fahrlässig mit Steuergeldern umgegangen, dass es jedem rechtschaffenen Steuerzahler Tränen der Wut in die Augen treibt.

Aber Steuergeldverschwendung ist keine Straftat, sondern ein beliebtes Gesellschaftsspiel der Politiker. Ganz oben steht die Bankenrettung. Weil unkontrollierte, verantwortungslose Banker sich darauf verlassen können, für ihre Fehler nicht zur Verantwortung gezogen zu werden, spekulieren sie munter drauf los. Wenn sie sich verziehen, wird die Pleite der Politik überlassen, die gern in die Bresche springt. Entweder ist die Bank zu gross, also «systemrelevant» oder es ist eine Landesbank, auf die man nicht verzichten will, also wird «gerettet».

Zur Beruhigung heisst es, dass es sich ja nur um «Kredite» handele, die bei erfolgreicher «Rettung» niemals fällig würden. Was passiert, wenn die «Rettung» fehlschlägt, kann man jetzt im Fall HSH-Nordbank beobachten. Hier wurden die Verluste bis zur endgültigen Pleite vor sich her geschoben, bis sie eine Grösse von 16 Milliarden Euro erreichten. Damit könnte man 20 Elbphilharmonien bauen.

Im Februar 2018 muss die Bank abgewickelt werden, die sich das grössenwahnsinnige Ziel gesetzt hatte, der grösste Schiffsfinanzierer der Welt zu werden. Das ging erwartbar gründlich schief.

Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Doch weder in Kiel noch in Hamburg haben die Parlamentarier erhellen können oder wollen, wieso so viele Schiffskredite aus-gegeben wurden.

Nun ist Zahltag und der Steuerzahler muss löhnen. Solange es keinen spürbaren Widerstand gegen solche Misswirtschaft gibt, wird sich nichts ändern. Im Wahlkampf in Schleswig-Holstein hat der HSH-Nordbank-Skandal jedenfalls keine Rolle gespielt.

Nachtrag: Hanno Vollenweider hat mich auf Folgendes hingewiesen: Ralf Stegner sass bis 2008 im Aufsichtsrat und sogar zeitweise im sogenannten Risikoausschuss dieser Bank. Die Rede ist von Ralf Stegner, der Dauerpöbler der SPD auf Twitter, der unter anderem gern den Gerechtigkeitsapostel herauskehrt.

<http://www.ndr.de/nachrichten/HSH-Nordbank-Steuergeld-fuer-Pleiteschiffe,hsh376.html>

<http://www.ardmediathek.de/tv/Panorama/HSH-Bankenrettung-Das-groesse-Scheitern/Das-Erste/Video?bcastId=310918&documentId=42770792>

Quelle: <http://vera-lengsfeld.de/2017/05/14/am-ende-loehnt-immer-der-steuerzahler/>

Hamburg:

Wohnungen zur Unterbringung von Migranten zwangsweise beschlagnahmt

18. Mai 2017 - 15:42

Was zu befürchten war, trat jetzt in Hamburg ein: Erstmals wurden leerstehende Wohnungen beschlagnahmt oder «dem unwilligen Eigentümer entzogen», wie das «Hamburger Abendblatt» sich ausdrückt. Dort kann man

auch unter dem Bild des Hauses, in dem sich die Wohnungen befinden, lesen, dass dieser Vorgang «als Zwangsmassnahme gegen den Vermieter» zu verstehen ist und dass im Stadtteil Hamm nun «der Bezirk» die Wohnungen vermietet.

Zwangssanierung auf Kosten des Eigentümers

Wer jetzt glaubt, das könne man auch als Zwangsbeglückung verstehen, denn der Eigentümer bleibe ja Eigentümer und man zwingt ihn lediglich, die leerstehende Immobilie zu vermieten, täuscht sich. Denn die Wohnungen werden, noch bevor die neuen Bewohner zur grossen Freude der Nachbarschaft einziehen, generalsaniert. Und die gesamten dabei anfallenden Renovierungskosten werden dem Eigentümer in Rechnung gestellt, so die Bezirkssprecherin Sorina Weiland.

Ähnliche Enteignungen waren auch in Berlin angedacht, doch dort wurde so etwas für verfassungswidrig gehalten. In Hamburg sieht man das jedoch anders, denn da stellt die rechtliche Grundlage der Zwangsmassnahme das Hamburger Wohnraumschutzgesetz dar, ein Gesetz aus dem Jahr 1982, das von der Hamburger sozialistischen Regierung im Mai 2013 novelliert (siehe §12b) wurde, um Wohnungen, die länger als vier Monate leer stehen, beschlagnahmen zu können.

«Unkonventionelle Ideen» sollen «lebendige Willkommenskultur sichern»

Im Herbst 2015 dann, nachdem Merkel die Grenzen für Hunderttausende Migranten aus Afrika, Asien und dem Nahen Osten geöffnet hatte, wollte man schliesslich an die Sache herangehen und die ersten Gewerbeimmobilien in Migrantenunterkünfte umwandeln. Diese Pläne führten zu heftigen Diskussionen, «Die Welt» berichtete damals vom Widerstand der Opposition gegen die geplanten Beschlagnahmungen. So befürchtete die Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Katja Suding, dass «solche Zwangsmassnahmen Ressentiments gegen Flüchtlinge beflügeln, wie wir sie heute leider schon in Teilen unserer Gesellschaft erleben», räumte jedoch ein, es seien «auch unkonventionelle Ideen gefragt, um menschenwürdige Unterbringung und lebendige Willkommenskultur zu sichern».

Jetzt aber beschlagnahmt die Stadt auch privates Wohneigentum, und genau darin erblicken viele eine grosse Gefahr: Denn was wird als nächstes kommen?

Zwangsenteignung per Salami­taktik befürchtet

Was mit der Konfiszierung von Gewerbeimmobilien begann, wird wohl damit enden, dass neben leerstehenden Wohnungen auch noch Zweitwohnsitze oder Ferienappartements mit «Schutzsuchenden» belegt werden müssen. Am Ende könnte dann durchaus auch der Fall eintreten, dass ein Wohnraummaximum pro Person festgelegt wird und diejenigen, die zu grosse Häuser bewohnen dazu gezwungen werden, sie mit Fremden zu teilen.

Vorläufig versuchte man die Gesetzeswidrigkeit noch «diskret» durchzuziehen und vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Diese erfuhr davon erst durch die Warnung von Berlins FDP-Vorsitzendem Sebastian Czaja, der sagte, die Massnahme verstosse gegen das Grundgesetz. Hierzu passt gut, dass wenn es um das Wohl der «Schutzsuchenden» geht, rechtstaatliche Grundsätze ohnehin mehr und mehr über Bord geworfen werden. Das beginnt mit der Duldung der unkontrollierten illegalen Einreise und endet in der Unwilligkeit, kriminelle Elemente aus dem Verkehr zu ziehen.

Linke Massnahmen beschleunigen die verstärkt um sich greifende Blockwartmentalität

Dass Zwangsüberwachungs- und Kontrollmassnahmen in totalitären Regimen immer das Denunzianten- und Spitzelwesen zur Folge hatten, ist bekannt. Man braucht deshalb nicht sonderlich verwundert sein, wenn der Blockwart auch bei der aktuellen linken Regentschaft bereits Gewehr bei Fuss steht.

Zum «Rauchersheriff» und zu den gerade installierten Überwachungsorganen zur Kontrolle der sozialen Medien gesellt sich nun eine Form des Blockwarts, der seinem historischen Vorbild durchaus ebenbürtig ist: Wie damals hat der wachsame Bürger seinen Häuserblock zu überwachen, ob da wohl alles mit rechten Dingen zugehe.

Webseite zur Meldung von ungenutzten Wohnungen

So richteten SPD und Grüne in Hamburg kürzlich eine «Hotline» ein, bei der aufmerksame Bewohner leerstehende Objekte melden können. «Aktivisten» haben zudem eine Website namens «Leerstandsmelder» geschaffen, wo ebenfalls eine Meldung abgelegt werden kann, wo was leer steht.

Schade, dass nicht jeder «Aktivist» oder Refugees-Welcome-Klatscher daheim selbst Willkommenskultur durch Wohngemeinschaften vorlebt – dann könnte man sich die oben erwähnten Massnahmen locker ersparen.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0024038-Hamburg-Wohnungen-zur-Unterbringung-von-Migranten-zwangsweise-beschlagnahmt>

Keine deutsche Kultur? Wie Özoguz denken die meisten SPD-ler, Linken, Grünen ... und unsere Kanzlerin

Datum: 18. Mai 2017, Autor: davidbergerweb; Ein Gastbeitrag von Jürgen Fritz

SPD-ler, Linke und Grüne bestreiten zunehmend, dass es so etwas wie deutsche Kultur überhaupt gäbe. Dies war unlängst erst wieder erkennbar an den Bemerkungen von Aydan Özoguz (SPD), der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, die Deutschland auch verfassungsmässig vollkommen umbauen will. Weg vom deutschen Staatsvolk, das derzeit nach dem Grundgesetz noch der eigentliche Souverän ist, hin zur Bevölkerung, zu der jeder gehört, der das deutsche Hoheitsgebiet betritt – auch illegal – und dauerhaft hier bleibt respektive den wir nicht mehr los kriegen. Dies ist, und das macht es so gefährlich, keine Einzelstimme. So denken die meisten SPD-ler, Linken und Grünen. Und unsere Kanzlerin und die von ihr umgebaute, sozialdemokratisierte respektive grünisierte CDU auch immer mehr.

Was versteht man überhaupt unter Kultur?

Der Ausdruck «Kultur» kommt aus dem Lateinischen «cultura» und bedeutet zunächst: «Bearbeitung», «Pflege», «Ackerbau». Der Kulturbegriff ist also ein Gegenbegriff zur vorgefundenen, unbearbeiteten, nicht eigens gepflegten «Natur». Kultur bezeichnet im weitesten Sinne **alles, was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt**, im Unterschied zu der von ihm nicht geschaffenen und nicht veränderten Natur. Die Behauptung, es gäbe jenseits der deutschen Sprache gar keine spezifische deutsche Kultur ist also gleichbedeutend mit der Behauptung, Deutsche hätten als Deutsche überhaupt nichts von Wert geschaffen respektive gestaltend hervorgebracht.

Keine deutsche Kultur?

Özoguz und viele andere SPD-ler, Linke und Grüne, inklusive Merkel behaupten also, es gäbe mithin gar keine typisch deutschen Trachten, keine deutschen Feste, keine deutsche Küche, kein deutsches Brauchtum, keine deutsche Landschaftsgestaltung, keine deutschen Sagen und Märchen, keine deutsche Kunst, keine deutsche Musik, keine deutsche Dichtung und Literatur, keine deutsche Architektur, keine deutschen Erfindungen, keine deutschen Forscher und Entdecker, keine deutsche Mentalität (Treue, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Fleiss, Tapferkeit, Ordnungssinn, Pflichtbewusstsein, Disziplin, Aufrichtigkeit, Unbestechlichkeit, geringere Korruption), keine typisch deutschen Philosophen.

Die einzigartige deutsche Kultur

In Wahrheit ist es natürlich genau umgekehrt zu dem was diese Stammler behaupten. Es gibt wohl auf der ganzen Erde kein Volk, das z.B. auch nur ähnlich viele

- überragende Forscher hervorgebracht hat: Carl Friedrich Gauß (der wahrscheinlich grösste Mathematiker aller Zeiten), Alexander von Humboldt, Albert Einstein (der bedeutendste Physiker des 20. Jahrhunderts), Max Planck, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Werner Hilbert (der Einstein der Mathematik des 20. Jahrhunderts), Konrad Zuse (der Erfinder des Computers) ...,
- aber auch Erfinder und Erfindungen: Buchdruck, Automobil, Computer, Düsentrriebwerk, Zündkerze, Hubschrauber, Kernspaltung, Kühlschrank, Fernseher, Telefon, Chipkarte, Zahnpasta, Airbag, Flugzeug, Teebeutel, Glühlampe, U-Boot, Motorsäge, Pflaster, Grammophon, Weltraumfahrt ...,
- Musiker und Komponisten: Johann Sebastian Bach, Ludwig van Beethoven, Johannes Brahms, Felix Mendelssohn, Georg Friedrich Händel, Robert Schumann, Richard Wagner, Richard Strauss, Carl Orff, Karlheinz Stockhausen ...,
- Dichter: Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller, Heinrich Heine, Bertolt Brecht, Heinrich von Kleist, Friedrich Hölderlin, Rainer Maria Rilke, Thomas Mann, Franz Kafka ... und
- Denker (Philosophen): Gottfried Wilhelm Leibniz, Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Schleiermacher, F.W.J. Schelling, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Arthur Schopenhauer, Karl Marx, Friedrich Nietzsche, Wilhelm Dilthey, Edmund Husserl, Max Scheler, Gottlob Frege (der Vater der modernen Logik), Max Weber, Martin Heidegger, Helmut Plessner ...

Allein schon die deutschen Philosophen überragen alles, was es sonst in den letzten zweitausend Jahren auf dem gesamten Globus gab. Noch vor wenigen Jahrzehnten wollten junge Menschen auf der ganzen Welt Deutsch lernen, um die deutschen Philosophen im Original lesen zu können, so wie ich einst Altgriechisch lernen wollte, um Platon und Aristoteles zumindest ein ganz klein wenig im Original lesen zu können.

All diese Personen, all diese Erfindungen, all diese Entdeckungen, all diese Kulturgüter, all diese Hervorbringungen des menschlichen Geistes zu negieren, kann kaum anders als einigermaßen unverschämt angesehen werden. Kleiner Tipp an alle, die gerne über Dinge reden, von denen sie wenig bis gar keine Ahnung haben: Im Zweifelsfall

einfach mal still sein. Dies ist übrigens eine Tugend, die man gewöhnlich als Bescheidenheit und Demut bezeichnet, eine Tugend, die gerade Immigranten aus einem ganz bestimmten Kulturkreis nicht selten vollkommen abhanden kommt, die nicht selten zu massloser Selbstüberschätzung neigen.

Die nächsten Stufen

Doch das ist nur die erste Stufe. Die nächste Stufe wird sein, dass man behauptet, es gäbe auch keine europäische Kultur, sondern nur eine Weltkultur. Alle Trennungen seien künstlich, weil alles mit allem zusammenhänge. In der dritten und letzten Stufe wird man dann in wenigen Jahrhunderten, wenn nicht noch früher behaupten, es gäbe nur eine Kultur und zwar die islamische. Und es habe niemals eine andere gegeben.

In 500 Jahren wird kein Mensch überhaupt auch nur wissen, dass es mal ein Land namens Deutschland, dass es einmal andere Weltanschauungen, dass es mal andere Kulturen gab. Es wird auch keine Bücher oder Kunstwerke oder Baudenkmäler geben, die völlig ausserhalb der islamischen Tradition lägen. Solche werden entweder vollkommen usurpiert oder aber vernichtet. Und die Geschichte wird vollkommen umgeschrieben. Buddha, Platon, Aristoteles, Jesus, Kant, alle waren Muslime, sofern man ihre Namen überhaupt noch kennt.

Was können wir tun?

Was wir dagegen tun können? Unsere Geschichte und unsere Kultur pflegen. Dazu müssen wir sie zunächst mal kennen. Wie können wir das anstellen? Indem wir a) die Lehrpläne in den Schulen überarbeiten und modifizieren, dort die einmaligen Errungenschaften der deutschen Kultur viel mehr herausarbeiten und b) indem auch wir Erwachsenen uns mehr mit der deutschen und europäischen Kultur befassen und diese pflegen. Die vermeintliche Stärke der anderen – in Wahrheit sind sie total schwach, aber eben extrem von sich überzeugt und wild entschlossen – ist unsere eigene Schwäche. Dies sollten wir ändern.

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2017/05/18/keine-deutsche-kultur/>

Freispruch: Vergewaltigung war nach Ansicht des Täters nur «Sex mit Gewalt»

Datum: 19. Mai 2017; Autor: davidbergerweb

(David Berger) In Brandenburg an der Havel wurde jetzt ein Mann mit Migrationshintergrund vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen. Der sexuelle Akt war extrem gewalttätig, die Frau vier Stunden lang sein Opfer, konnte in den folgenden Wochen nicht mehr richtig laufen. Das Gericht schloss sich aber der Vorstellung an, dass der Angeklagte das Geschehen aufgrund der «Mentalität des türkischen Kulturkreises» nicht als etwas Böses wahrgenommen habe.

Vor einiger Zeit habe ich hier darüber berichtet, dass die WDR-Autorin Mithu Sanyal den Vorschlag gemacht hat, bei Vergewaltigungen nicht mehr von «Täter» und «Opfer» zu sprechen, sondern nur noch von «Erlebenden». Schneller als gedacht scheint sich diese Denkweise nun auch in der Justiz durchzusetzen.

Die «Märkische Allgemeine» berichtet unter dem Titel «Sex mit Gewalt, aber keine Vergewaltigung»: «Eine junge Frau lehnt es ab, mit einem Brandenburger Sex zu haben. Er wirft sie trotzdem aufs Bett, schiebt ihren Kopf zwischen zwei Metallstreben. Sie schreit, er soll aufhören, kratzt ihn. Der Akt ist gewalttätig, die Frau vier Stunden lang sein Opfer. Das zweifelt auch das Gericht nicht an – spricht aber den 23-Jährigen wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung frei.»

Im Nachsatz erfahren wir dann nebenbei, was wir uns als «Rechte» ohnehin schon so irgendwie dachten, dass der «Brandenburger» Türke ist. Und weiter: «Ich glaube Frau G. jedes Wort», sagte die Richterin nach ihrem Urteilsspruch. Doch wahrscheinlich habe ihr Peiniger nicht gewusst, was er ihr antat, als er in der Nacht des 18. August 2016 in seiner Wohnung über seine Bekannte herfiel und den Geschlechtsverkehr über Stunden hinweg so rabiat vollzog, dass sie in den folgenden beiden Wochen nicht richtig laufen konnte.

Der wichtigste Punkt der Richterin für den Freispruch von Vergewaltigung: Der Angeklagte habe ja vielleicht gedacht, dass es die Frau auch so wollte. Aufgrund der «Mentalität des türkischen Kulturkreises» habe nur das Opfer das Geschehene als Vergewaltigung erlebt, der Täter aber vielleicht für wilden Sex gehalten.

Quelle: <https://philosophia-perennis.com/2017/05/19/vergewaltigung-jetzt-sex-mit-gewalt/>

Bilderberg-Konferenz 2017: «Russischer Informationskrieg» ohne Russen

2.06.2017 • 06:30 Uhr

Die diesjährige Bilderberg-Konferenz fällt ganz in die Zeit: Hauptthema ist der «russische Informationskrieg». Getagt wird diesmal in den USA. Wie immer ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Trotz des Russland-Bezuges sind russische Gäste nicht geladen.

Unweit des Weissen Hauses, in Chantilly, Virginia, findet vom 1. bis 4. Juni die Zusammenkunft der klandestinen Bilderberg-Gruppe statt. In diesem Jahr nehmen 131 geladene Gäste aus 21 Ländern an dem Treffen teil.

Die Bilderberg-Konferenz wird sich diesmal eines besonders trendigen Themas annehmen: «Russland, Trump und der Informationskrieg». Darüber hinaus stehen auf dem Themenplan: China, Russland und das internationale Gefüge; Transatlantische Verteidigungsalliierte: «Kugeln, Bytes und Geld»; die Richtung der EU und die Beschäftigung mit der Frage: Warum wächst der Populismus?

Gegründet wurde der sagenumwobene Klub, der die Öffentlichkeit bei seinen Treffen ausschliesst, im Jahr 1954 von den Gründervätern Denis Healey, Joseph Retinger, David Rockefeller und Prinz Bernhard der Niederlande. Vertreter aus Politik, Industrie, Finanzwelt, Medien sowie Bildung und Wissenschaft werden alljährlich geladen, um über aktuelle Themen zu debattieren. Das erklärte Ziel Bilderbergs ist es, den Dialog zwischen Europa und den USA zu stärken. Der Dialog wird aber durch die Wahl der Themen und der Gäste, die sich hierzu äussern dürfen, von vornherein begrenzt. So finden sich auf der Liste keine Vertreter Russlands, die zum leidigen Thema «Informationskrieg» beitragen könnten.

Die Treffen sind seit einigen Jahren zunehmend auch von Protesten begleitet. Kritiker argwöhnen, der elitäre Teilnehmerkreis verabrede Ziele und Massnahmen, die unter Verletzung der Souveränität und abseits demokratischer Kontrolle Ländern über den Umweg supranationaler Einrichtungen aufgezwungen werden sollen. Diese seien im Regelfall globalistischer und neoliberaler Natur. Verteidiger des Treffens sprechen davon, dass der nichtöffentliche Rahmen es den hochrangigen Teilnehmern erlaube, sich abseits protokollarischer Zwänge über drängende Themen auszutauschen.

In diesem Jahr sind der NATO-General Jens Stoltenberg, die republikanischen Senatoren Tom Cotton und Lindsey Graham, der chinesische Botschafter in den USA, Cui Tiankai, der Nationale Sicherheitsberater der USA, HR McMaster, und der Assistent des Präsidenten, Christopher Liddell auf der Gästeliste. Redakteure von Bloomberg, The Economist und dem Wall Street Journal sind ebenfalls geladen. Berichtende Journalisten sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. Das Treffen findet an jährlich wechselnden Orten statt.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/51613-bilderberg-konferenz-2017-russischer-informationskrieg/>

Frauke Petry: Merkels Migranten-Misere an Problemschulen – Kanzlerin blendet Realität aus

Von Nancy McDonnell; 24. May 2017; Aktualisiert: 25. Mai 2017 20:52

Viele Lehrer in Deutschland klagen immer mehr über das Problem von zunehmender Gewalt und Verrohung an ihren Schulen. Erst kürzlich hat sich eine niedersächsische Grundschule wieder hilfesuchend an die Behörden gewandt. Kanzlerin Merkel besuchte indes eine Berliner Schule, um bei den Kindern «Lust auf Europa zu wecken». Frauke Petry fand das fehl am Platz.



Die Lehrerin Ina Orbitz (M) führt eine Gruppe in die «Willkommensklasse» für Migranten- und Flüchtlingskinder in der Leo-Lionni-Schule im Januar 2016 in Berlin.

Foto: Sean Gallup/Getty Images

Die Grundschule Mühlenberg in Niedersachsen hat offenbar grosse Probleme mit einem zunehmenden schlechten Schulklima aufgrund eines überhöhten Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund. Laut dem

Vorsitzenden des Fördervereins, Christian Schön, herrsche hier ›Verrohung und Gewalt‹. Tritte und Schläge unter Kindern seien an der Tagesordnung, sagt er. Er selbst habe einmal eine Prügelei beendet, bei der ein Kind zu Boden geschlagen und getreten wurde. Das ›Göttinger Tageblatt‹ berichtete.

An der Schule würden viele Kinder aus schwierigen Verhältnissen und mit wenig Deutschkenntnissen lernen – der Unterricht nach Lehrplan sei oft nicht möglich, erklärt er weiter. Ein Vater habe sogar eine schulische Mitarbeiterin schon mit den Worten bedroht: ›Mit Dir sprech' ich gar nicht, Dich stech' ich ab.‹

Auch einem vertraulichen Papier zufolge, das nach Abstimmung mit Schulvorstand und Personalrat an die zuständigen Behörden weitergeleitet wurde, sind Lehrkräfte und schulische Mitarbeiter einer als ›besonders hoch wahrgenommenen verbalen und körperlichen Gewaltbereitschaft‹ von Schülern und Eltern ausgesetzt, beschreibt das Tageblatt die Situation weiter. Die Palette reiche von Beschimpfungen bis zu verbalen Bedrohungen.

Vor allem Mädchen seien Zielscheibe heftiger Beschimpfungen, berichtet Schön. ›Du Schlampe‹ sei noch harmlos. Wegen Konflikten, die Eltern in der Schule austragen würden, sei denen jetzt der Zutritt zur Schule verwehrt. Im Eingangsbereich der Schule gäbe es jetzt eine Klingelvorrichtung mit Überwachungskamera. Es gab auch schon Fälle, in denen die Lehrkräfte die Polizei haben rufen müssen, strafrechtliche Konsequenzen hätte es aber bisher nicht gegeben.

Schulleiterin Stefanie Ramberg ist der Meinung, dass Brennpunktschulen wie ihre zusätzlichen Lehrerstunden und mehr sonderpädagogische Unterstützung bräuchten, um ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. Viele Probleme, auch bedrohlich wirkende Konflikte, könnten mit Dolmetschern leichter gelöst werden.

Hannoversche Bildungsexperten haben nun aufgrund eines ›pädagogischen Notstandes‹ ein Intensivkonzept für soziale Brennpunktschulen gefordert.

Merkel blendet Realität aus

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat indes die Kurt-Tucholsky-Oberschule in Berlin-Pankow besucht. Laut der Kanzlerin soll es Ziel des EU-Projekttag, den Frau Merkel an die Schule in Berlin-Pankow führte, gewesen sein, bei den Schülern ›Lust auf Europa zu wecken‹.

Frauke Petry, Fraktionsvorsitzende der AfD äusserte sich dazu gestern in einer Pressemitteilung, wobei sie die Kanzlerin gern auf den Boden der Tatsachen zurückholen möchte: ›In Mühlenberg wären die Betroffenen sicher schon mit der Aussicht auf ein geregeltes Schulleben zufrieden gewesen‹, kommentiert sie dabei.

Und weiter: ›Frau Merkel gaukelt dem Betrachter mit ihrer Stippvisite mal wieder heile Welt vor. Statt im schönen Pankow mit Schülern entspannt über Europa zu plaudern, wäre es doch eine gute Idee gewesen, mit Eltern der Grundschule in Mühlenberg zu sprechen.‹

Die Schule leide nicht nur darunter, dass dort ›viele Kinder aus schwierigen Verhältnissen und mit wenig Deutschkenntnissen lernen – Unterricht nach Lehrplan wäre oft kaum möglich‹, sondern auch unter einem Schulklima, welches von ›Verrohung und Gewalt‹ geprägt sei. ›Tritte und Schläge unter Kindern seien an der Tagesordnung.‹ Das Göttinger Tageblatt notiert: ›Rund 90 Prozent der Kinder an dieser Schule haben einen Migrationshintergrund.‹ Die Kurt-Tucholsky-Oberschule, an der Frau Merkel heute weilte, hat übrigens aktuell einen diesbezüglichen Anteil von 7,4 Prozent Schülern.

Merkel blende die Realität aus und spreche lieber darüber, wie man Populisten am besten das Wasser abgraben könne, kritisiert Petry. ›In Mühlenberg hätten die Zuhörer sicher höchst interessiert ihren Ausführungen gelauscht, dass im Unterricht viel häufiger über die Bedeutung des Schengen-Raumes, in dem es keine Passkontrollen gibt, gesprochen werden sollte‹, so Petry ironisch.

Und weiter: ›Auch ihre Hinweise, Populisten könne man am besten das Wasser abgraben, wenn man die Gründe für Unzufriedenheit durch politisches Handeln bekämpfe und ›schnelle, scheinbar einfache Lösungen hätten noch nie funktioniert‹, seien sicher auf offene Ohren bei den um ihre Kinder besorgten Eltern in Mühlenberg gestossen.‹

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/frauke-petry-merkels-migranten-misere-an-problemschulen-kanzlerin-blendet-realitaet-aus-a2126381.html?meistgelesen=1>

Willkommenskultur und Terror – Frau Merkel, wann kommen Sie zur Vernunft?

Veröffentlicht am 25. Mai 2017 von *conservo* (www.conservo.wordpress.com) Von Renate Sandvoß

Na, Frau Merkel ...

wie fühlt man sich denn so, wenn man durch sein eigenes Handeln (Waffengeschäfte mit Krisenstaaten und bedingungsloses Öffnen der Grenzen) neue 22 Todesopfer zu beklagen hat? Haben Sie Ihre ›Betroffenheitsrede‹

eigentlich kopiert? Denn es wird sich garantiert schon bald wieder eine Gelegenheit bieten, diese mit Trauermine in die Kamera zu heucheln. Es ist unbegreiflich, dass jemand ein fröhliches Popkonzert ausnutzt, um vielen Menschen den Tod zu bringen. Es ist doch bis in den letzten Winkel bekannt, dass die Islamisten Musik und fröhliche Feiern verabscheuen. Was ist da näherliegender, als dass sie dieses versuchen zu verhindern (siehe Anschlag Weihnachtsmarkt in Berlin)?

Die Islamisten versuchen mit brachialer Gewalt, uns ihr Verständnis vom <friedlichen> Islam aufzudrücken, denn schliesslich verabscheuen sie unsere westlichen, christlichen Werte und unsere Kultur (die wir ja laut Özoguz gar nicht haben). Der letzte Satz Ihrer heuchlerischen Betroffenheitsrede ist an Unverfrorenheit nicht zu überbieten!

Ausgerechnet Sie wollen also mit <aller Entschlossenheit> gegen diejenigen vorgehen, die solche Taten planen und ausführen? Wie wollen Sie das denn machen? Durch <massenweise> Abschiebungen abgelehnter Asylbegehrer wie bisher? Von den Einwanderern haben ca. 80% keinerlei Ausweispapiere und leben hier unter irgendwelchen Phantasienamen und Phantasie-Herkunftsländern illegal von unseren mühsam erarbeiteten Geldern. Weil SIE es zugelassen haben und Tag für Tag weiter zulassen, Frau Merkel!

Man sollte sie täglich mit den Fotos aller Opfer des islamistischen Terrors in Europa konfrontieren. Sehen Sie den Hinterbliebenen ins Gesicht und wiederholen Sie dann Ihre heuchlerische Betroffenheitsrede! Aber so wie ich Sie einschätze, würden Sie dieses ohne die geringste Gefühlsregung absolvieren. Wie viele Tote und Verletzte sollen wir noch hinnehmen, bis Sie zur Vernunft kommen?

Merkels Worte:

«Mit Trauer und Entsetzen verfolge ich die Berichte aus Manchester. Es ist unbegreiflich, dass jemand ein fröhliches Popkonzert ausnutzt, um so vielen Menschen den Tod zu bringen oder ihnen schwere Verletzungen zuzufügen», sagte Merkel. «Meine tiefe Anteilnahme gilt allen Opfern und Betroffenen sowie den Angehörigen in ihrer Trauer und Verzweiflung. Dieser mutmassliche terroristische Anschlag wird nur unsere Entschlossenheit stärken, weiter gemeinsam mit unseren britischen Freunden gegen diejenigen vorzugehen, die solche menschenverachtenden Taten planen und ausführen.»

(gefunden auf Facebook: <https://www.facebook.com/renate.sandvoss/posts/1448327665227118>)

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2017/05/25/willkommenskultur-und-terror-frau-merkel-wann-kommen-sie-zur-vernunft/>

Trumps Russland-Kontakte – Warum sehen wir den russischen Splitter im Auge der Anderen, bemerken aber den transatlantischen Balken im eigenen Auge nicht?

26. Mai 2017 um 10:35 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger

Veröffentlicht in: Aussen- und Sicherheitspolitik, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech

Es gäbe zahlreiche Gründe, Donald Trump scharf zu kritisieren. In den Medien hört und liest man jedoch immer nur von angeblichen Verfehlungen, die eigentlich gar keine sind. Trump hatte geschäftliche Kontakte zu Russen? Ei der Daus! Aber warum soll das ein Problem sein? Und warum kritisiert eigentlich niemand seine geschäftlichen Verbindungen zu westlichen Konzernen? Gefährden die etwa nicht die Unabhängigkeit? Kontakte zu Russland sind offenbar per se böse und Grund genug, einen gewählten Präsidenten abzusetzen. Hier wird das Mit-zweierlei-Mass-Messen wirklich auf die Spitze getrieben und Tag für Tag wird die mediale Hexenverfolgung hysterischer. Zeit, einmal für einen Moment innezuhalten und sich zu fragen, was der Unsinn überhaupt soll. Sind wir nun eigentlich komplett meschugge?

Donald jr., Ivanka und der goldene Premium-Wodka im Herzen von Mordor

Donald Trump hat also geschäftliche Kontakte zu Russland? Worum es dabei geht, erklärt ein eigens eingerichtetes Themenspecial auf Wikipedia. So soll er doch tatsächlich Immobilien an russische Geschäftsleute verkauft haben! Das ist ja ein ungeheuerlicher Vorwurf gegen einen Immobilienunternehmer. Und dann sollen seine Kinder, Donald jr. und Ivanka, auch noch bei einem geschäftlichen Aufenthalt in Moskau in einem Hotel genächtigt haben, das genau gegenüber dem Kreml, also quasi im Herzen von Mordor liegt. Na wenn das kein Fall von Hochverrat ist? Das i-Tüpfelchen sind jedoch die mit 24karätigem Gold verzierten <Trump-Super-Premium-Wodka-Flaschen>, die 2007 auf einer Moskauer <Millionärsmesse> angeboten wurden. Dass es solche grandiosen Geschmacklosigkeiten überhaupt gibt, ist für unsere Medien dabei freilich kein Problem. Dass sie aber in Moskau angeboten wurden, ist natürlich ein handfester Skandal.

Dabei könnte man sogar ernsthaft eine Debatte führen, ob die geschäftlichen Kontakte von Politikern aufgrund der daraus resultierenden Interessenkonflikte ein generelles Problem darstellen. Das trifft aber dann natürlich auf alle geschäftlichen Kontakte zu. Trumps geschäftliche Verbindungen mit amerikanischen und europäischen Banken, Kanzleien, Beratungsunternehmen oder Medienkonzernen sind in diesem Kontext kein Jota besser oder schlechter als seine – vom Volumen her zu vernachlässigenden – Geschäftskontakte nach Russland. Viel interessanter wären beispielsweise Hintergründe zu Trumps Beziehungen zu den reaktionären Koch-Brüdern, die ihn erst unterstützt haben und nun bekämpfen.

Oligarchen sind aber bekanntlich immer nur im Osten zu finden. Amerikanische und europäische Oligarchen sind schliesslich fleissige und ehrenwerte Unternehmer. Eine zu grosse Nähe zur heimischen Wirtschaft oder gar zu Banken war für die inquisitorischen Chefankläger in den Redaktionsbüros ohnehin nie ein ernsthaftes Thema. Erst wenn «Russland» draufsteht, wird aus der Meldung eine Schlagzeile.

Hat Michael Flynn auf Putins Gästecouch genächtigt?

Aber es geht ja nicht nur um Mr. President himself. Sein nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn musste nach wenigen Tagen im Amt zurücktreten – er hatte sich offenbar mit dem russischen Botschafter über die Sanktionen der US-Regierung unterhalten. Und Flynn ist da ein Wiederholungstäter! Er hatte bereits 2015 dem russischen TV-Sender RT ein Interview gegeben und dafür sogar Geld bekommen. Mit Russen sprechen? Das geht natürlich gar nicht und steht moralisch schon fast auf einer Stufe mit der freiwilligen Teilnahme am Robbenabschlachten im kanadischen Packeis. Von transatlantischen Think-Tanks hätte Flynn hingegen Millionengagen erhalten dürfen und Gespräche mit dem britischen oder israelischen Botschafter wären auch eher karrierefördernd gewesen. Aber mit dem Russen?



Hätte sich Flynn nur ein Beispiel an Trumps Schwiegersohn, Chefberater und Nahostbeauftragten Jared Kushner genommen. Der pflegt millionenschwere geschäftliche Verbindungen mit vorbestraften Geschäftsleuten aus dem Ausland, die weltweit mit Schmiergeldern um sich werfen – nur dass im Fall Kushner die Geschäftsleute nicht aus Russland, sondern aus Israel kommen. Das ist natürlich was ganz anderes und schliesslich war bei Flynn ja auch noch der russische Botschafter im Spiel. Ok, bei den Kushners schläft dafür der israelische Präsident Netanjahu schon mal auf der Couch im Gästezimmer, aber der ist ja auch kein Russe. Wir haben gelernt: Interessenkonflikte drohen immer nur dann, wenn ein Berater sich mit den Russen einlässt. Man stelle sich nur vor, Putin hätte bei den Kushners auf der Gästecouch geschlafen! Das Impeachment-Verfahren wäre unausweichlich.

Zum Glück ist Merkel nur von transatlantischen Schattenmännern umgeben



Da kann dann auch Angela Merkel aufatmen. Einer ihrer wichtigsten Berater ist nämlich Alexander Dibelius – der war bis vor kurzem Deutschland-Chef von Goldman Sachs und steht nun bei einer milliardenschweren Private-Equity-Gesellschaft in Lohn und Brot. Über die Interessenkonflikte des Alexander Dibelius könnte man ganze Bücher schreiben. Aber zum Glück ist er wenigstens kein Russe, sondern Mitglied der Atlantik-Brücke ... und transatlantische Interessenkonflikte gibt es ja zum Glück per Definition nicht.

Darum kann auch Gerald Knaus ruhig schlafen. Das Institut von Merkels Berater in Flüchtlingsfragen wird nämlich massgeblich von ausländischen Think Tanks finanziert – zum Glück handelt es sich aber um die üblichen

Verdächtigen (George Soros Open Society Institute, der Rockefeller Brothers Fund und der German Marshall Fund). Hätte Knaus auch nur eine Kopeke aus Moskau bekommen, wären er und Merkel nach der Hexenjagd-Logik unserer Medien nicht mehr haltbar. Da es sich aber nicht um Kopeken, sondern um US-Dollar handelt, findet auch unsere liebe Tagesschau das alles ganz toll.

Und wo wir schon bei den Medien sind. Warum ist die angebliche Wahlkampfhilfe, die Trump aus Moskau erhalten haben soll, eigentlich mittlerweile ein Evergreen im Phrasenkasten der Kommentatoren? Eine aussenstehende Organisation soll Einfluss auf den Wahlkampf genommen haben? Das geht natürlich gar nicht, darauf haben schliesslich unsere Medienkonzerne ein Monopol! Wer untersucht denn mal den Einfluss von «New York Times», «Washington Post», «Fox News», CNN und Co. auf den Wahlkampf? Und wie sieht es in Deutschland mit Springer, Gruner und Jahr, Burda und den nach Parteiproporz besetzten Öffentlich-Rechtlichen aus? Warum sehen wir immer den russischen Splitter im Auge der Anderen, bemerken aber den transatlantischen Balken im eigenen Auge nicht?

Unsere Kanzlerin und unser Vizekanzler sind Mitglieder der Atlanik-Brücke, bei der auch die Top-Berater der Kanzlerin und das Who is Who der Medienkonzerne vertreten sind. Transatlantische Netzwerke und Finanzkonzerne sind engstens mit der Politik verwoben und wir haben tatsächlich nichts anderes zu tun, als uns lautstark und selbstgerecht über die bösen Russen aufzuregen! Wie heisst eigentlich der Superlativ von bigott? Wäre es nicht so ernst und so traurig – man könnte bitterböse über dieses unwürdige Schauspiel lachen.

Ceterum censeo: Der Umstand, dass Trump wegen lächerlicher Vorwürfe von den Medien verfolgt wird, macht ihn freilich um kein Jota besser. Trump muss hart kritisiert werden. Dies sollte man jedoch mit den richtigen Argumenten tun – es ist ja nicht so, dass seine Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Aussen-, Innen- und Sicherheitspolitik nicht eine Steilvorlage für eine Kritik nach der anderen liefern würden.

Quelle: <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=38452#more-38452>

Sollten wir nicht zivilen Ungehorsam üben?

Veröffentlicht am Mai 27, 2017 von helmut mueller

Trump, vom militärisch-industriellen Komplex inzwischen auf Händen getragen, rief die Muslime zur Verurteilung von Gewalt auf. Ein echter Spassvogel dieser Mann. Warum gibt es denn diese islamistische Gewalt überhaupt? Ist denn nicht, so auch für den untadeligen Noam Chomsky, in Washington selbst der grösste Terrorist weitem? Wenn diesem Staatsterroristen doch bloss jemand Nachhilfeunterricht in Sachen Verantwortungsethik und Klugheit geben könnte.

Und wenn dann Washington nur endlich von seiner mörderischen Interventionspolitik Abschied nehmen würde. Ohne diese erübrigte sich eine Verurteilung und Bedrohung des durch die US-Politik ermöglichten Mullah-Regimes in Teheran, das durch Trumps plumpes Vorgehen eher gefestigt wird. Ebenso erübrigte sich ein verantwortungsloser Truppenaufmarsch an Russlands Grenze. Nicht zuletzt aber verschwände auch der Landsknecht-Status der Europäer. Zukunftsmusik?

Vorerst ja, denn im Gegenteil ist es doch so, dass man mit hilfswilligen korrupten und waffengeilen arabischen Potentaten – sicher nicht zum Nachteil von Trumps Firmenimperium – auch noch eine Art orientalische NATO auf die Reihe bekommen möchte, was ja noch besonders lustig werden könnte. Blutiger als bisher auf jeden Fall, zumindest wenn das angepeilte Ziel nicht aufgegeben wird.

Konkret geht es den US-Imperialisten und deren zionistischen Konsorten im Verein mit erzreaktionären Sunniten doch darum, erst einmal eine mittelöstliche Ordnung herzustellen, in der ein hochgerüstetes und territorial vergrössertes Israel unangefochten mit Blankoscheck herrschen kann. Diesem Ziel stehen vorerst noch die sich unbotmässig verhaltenden Staaten Syrien und Iran im Wege.

Nicht zuletzt geht es natürlich um die Eindämmung des russischen Einflusses in der Region und überhaupt um die Schwächung Russlands und den Sturz Putins mit Aussicht auf weitere globale Ressourcenkontrolle. Im Anzetteln von Umstürzen und in der Beseitigung unliebsamer Politiker hat übrigens keine andere Regierung weltweit so viel Erfahrung wie die US-amerikanische.

Und noch nie in der modernen Geschichte hat ein Land die Erde so flächendeckend auf zerstörerische Weise dominiert wie die USA. Washington schreibt heute vor, wie etwa die deutsche Politik zu sein hat oder wer die Freunde Österreichs sein dürfen. Und bei all dem und weiterem machen seine Vasallen in der Europäischen Union munter mit, wodurch ein souveränes Europa in Wirklichkeit verhindert wird.

Damit kämen wir abseits des Nahostkonflikts in der Folge auf etwas sehr Wesentliches: So nähern wir uns mit dieser EU dem US-amerikanischen Staats- und Gesellschaftsmodell insofern, als Europa endgültig von den

Grosskonzernen beherrscht werden soll. Die Fiktion, wir könnten in einer Demokratie leben, ist ohnehin längst als solche erkannt. Oder hat uns schon einmal jemand gefragt, ob wir dieses oder jenes konsumieren müssen? Haben wir eine freie Presse, die nicht von der Wirtschaft oder der Politik, also von Interessensgruppen bezahlt wird?

Hört man über Gewinne und Vermögenszuwächse von Managern und Konzerneignern in den USA glaubt man, diese befänden sich in einem regelrechten Machtrausch. Gleichzeitig bemerkt man wie unsere Freiheiten immer mehr eingeschränkt werden. Der neue von politisch Korrekten bereits geübte und von Islamisten beförderte Faschismus kommt, anders als der alte, mittlerweile durch die Hintertür.

Wenn es nun so ist, dass ein neuer Totalitarismus schleichend herangeführt wird, «unsere» Politiker bei Kriegstreibereien direkt oder indirekt mitmachen und der wachsenden Ungleichheit nichts entgegensetzen, wäre es dann nicht an der Zeit, dafür keine Steuern mehr zu bezahlen? Kann man denn länger eine Regierung anerkennen, die uns sehenden Auges in eine Katastrophe führt? Henry David Thoreau, der Prophet des zivilen Ungehorsams, ging 1846 freiwillig ins Gefängnis, weil er sich weigerte, seine Steuerschuld zu bezahlen und mit dieser die Regierung und damit die Sklaverei und den Mexiko-Krieg zu finanzieren.

Sollten wir nicht ein schlechtes Gewissen haben, wenn wir Heutigen eine Regierung anerkennen, die bei allerlei Schweinereien mitmacht oder sie auch nur am Rande unterstützt? Alles was man uns heute an Gründen für ein militärisches Engagement (oder auch nur für dessen politische Unterstützung) an Vorwand liefert, bringt früher oder später nur Leid und Verderben über die Völker und beschneidet vor allem ihre Freiheiten. Wer sich dessen bewusst ist, dessen Pflicht wäre es, Widerstand zu leisten.

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2017/05/27/sollten-wir-nicht-zivilen-ungehorsam-ueben/>

Schwerer Vorwurf: EU hat bei Glyphosat-Studie Krebsbefunde «übersehen»

30. Mai 2017 - 20:05

Schwere Vorwürfe erhebt die Umweltorganisation Global 2000 gegen die Europäische Union wegen der Verlängerung der Zulassung für das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat. Sie bezieht sich auf einen Brief von Professor Christopher Portier, dem ehemaliger Direktor des National Institute of Environmental Health Sciences der USA und Berater der WHO-Krebsforschungsagentur IARC, an EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker. Portier kritisiert darin die EU-Kommission, weil in der EU-Studie zu Glyphosat acht bisher unberücksichtigte, aber signifikante Krebsbefunde von Ratten und Mäusen beinhaltet sind, die aber bei der Beurteilung nicht offengelegt worden seien.

Dadurch habe sich laut Portier aber die Zahl der statistisch signifikanten Krebsbefunde auf aktuell nicht weniger als 21 erhöht. Dies widerspreche den Aussagen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, die immer wieder darauf verwiesen habe, dass Originalstudien und die darin enthaltenen Rohdaten bei der Begutachtung verwendet worden seien.

Portier: Zwei Tumorstudien genügen für Nichtzulassung

Portier verweist darauf, dass gemäss EU-Pestizidverordnung bereits zwei positive Tumorstudien genügen würden, um die Grundlage für eine Nichtzulassung von Glyphosat zu bilden. Hier hakt der Global 2000-Experte Helmut Burtscher mit seiner Kritik ein:

«Das Versagen des derzeitigen EU-Zulassungssystems für Pestizide, das auf den geheimen Studien der Pestizidhersteller und ihrer Vertragslabors basiert, wurde heute schonungslos offengelegt. Eine Zulassungserneuerung von Glyphosat noch im Laufe dieses Jahres, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde, sollte im Lichte dieser neuen Erkenntnisse hoffentlich vom Tisch sein.»

Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat

Die EU hat im Vorjahr trotz heftiger Proteste die Zulassung von Glyphosat bis Ende 2017 verlängert. Dann steht eine neuerliche Entscheidung an. Verschiedene Umweltschutzgruppen mobilisieren mit einer europäischen Bürgerinitiative dagegen. Aktuell haben knapp 800 000 Menschen unterschrieben. Um die EU-Kommission zur Befassung zu zwingen, sind eine Million Unterstützererklärungen nötig.

Lesen Sie mehr zum Thema:

- Mitarbeiter der Umweltschutzbehörde vertreten die Interessen des Bio-Tech Riesen Monsanto (21.03.2017)
- Drei Jahrzehnte Grüne: Vom alternativen «Auhirsch» zur machtgeilen Verbotspartei (02.09.2016)
- EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung um 18 Monate (30.06.2016)

– Vor Zulassungs-Entscheidung der EU: WHO stuft Glyphosat plötzlich als nicht krebserregend ein (17.05.2016)

– Glyphosat: US-Agrarchemiekonzern Monsanto hat in der EU bessere Argumente als Wissenschaftler (15.04.2016)

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0024147-Schwerer-Vorwurf-EU-hat-bei-Glyphosat-Studie-Krebsbefunde-uebersehen>

Wenn mich eine Sache wirklich aufregt ...

Müller mault: «Wer sich heute angemessen aufregt, macht sich strafbar»

28. Mai 2017 Standpunkte

Wenn mich eine Sache wirklich aufregt ... dann ist es die Tatsache, dass man sich heute nicht mal mehr angemessen aufregen kann, ohne sich gleich strafbar zu machen. Ein Teufelskreis!

Wer seinem Unmut heutzutage angemessen oder «unangemessen» Luft macht, der muss schon sauber aufpassen. Denn die **bezahlten Spitzel der höchstbezahlten Volksverräter** sitzen immer gleich um die digitale Ecke. Dank Heiko und seinen Gehilfen könnte Sie ein unbedachtes Wort, bei dem (falls es überhaupt wirklich unangemessen gewesen wäre) früher die Zuhörer maximal den Kopf geschüttelt hätten, heute ein paar tausend EU-Zahlungseinheiten kosten.

So kann man das Volk **schön praktisch mundtot machen**, während man so tut als würde man Gottes Werk verrichten. Ganz ähnlich eigentlich wie die Inquisition.

Das wirklich Widerwärtige dabei ist, **dass man uns mit unserer Wut alleine lässt**. Denn letztendlich bringt es einem doch Erleichterung, wenn man sich den Frust von der Seele spricht. Egal ob man sich mit Freunden in der Arbeit oder in einem Lokal unterhält oder in den sozialen Medien darauf hinweist – etwas auszusprechen nimmt einem ein bisschen die Wut.

Doch heutzutage ist man **immer von Augen und Ohren umgeben**, die, wie in den finstersten Kapiteln der Geschichte, nur darauf warten, einen zu denunzieren. Der Unterschied zwischen Denunziant und gesetzestreuem Bürger ist übrigens folgender:

- Der gesetzestreue Bürger meldet eine kriminelle Handlung, wie zum Beispiel eine Körperverletzung, einen Diebstahl oder das millionenfache Wegschauen und Fördern bei der Einreise krimineller Ausländer, den Behörden.
- Der Denunziant meldet einen von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als anstössig wahrgenommenen, aber zu Unrecht kriminalisierten Tatbestand, wie zum Beispiel Gedankenverbrechen aller Art oder das Ausprechen der Wahrheit als Widerspruch zur Regierungspropaganda.

Nachdem der niedere, steurgeldfinanzierte Lurch überall (und vor allem in den **Schreibstuben der linken Klopapierherausgeber**) auf unbedachte Worte lauert, bleiben ihnen für ihren Unmut nur mehr die eigenen vier Wände und ihr Kopf, um sich damit zu beschäftigen. Zumindest bis es kracht ...

So kommt es, dass sich manche in einer Welt wiederfinden, in der sie nur mit Lügen beschallt werden. Und wenn sie es wagen die Dinge auszusprechen die sie daran stören, bestraft man sie härter als jeden zugereisten Kindsvergewaltiger.

Ich kann es keinem Europäer verübeln, wenn ihm **irgendwann die Sicherung durchbrennt**. Was wir jeden Tag anhören müssen, spottet jeder Beschreibung:

Sie vergewaltigen unsere Frauen. Sie bespucken unsere Polizisten. Sie errichten ihre eigenen NoGo-Zonen inmitten unserer Wohnviertel. Sie schlagen uns, treten uns, stossen uns auf U-Bahngleise oder die Treppe hinunter oder töten uns ganz einfach. Sie nennen uns «Ungläubige, Kötterasse, Schweinemenschen» und lachen offen über uns, weil wir das alles über uns ergehen lassen.

Sie sprengen unsere Kinder mit Nagelbomben in die Luft!!!

Ich sage deshalb «UNS», weil wir uns klarwerden müssen, dass es keine Angriffe auf eine junge Hamburgerin, einen Jugendlichen aus Wien oder irgendjemandes Kinder in England sind. **Das sind Angriffe auf uns alle!** Und solange wir nicht jeden Einzelnen als Bruder oder Schwester wahrnehmen, sind wir gespalten und somit verloren.

Und unsere Regierung schützt die Täter! Unsere Gerichte sprechen sie frei oder urteilen sie mit lächerlichen Strafen ab! Unsere Journalisten nennen sie «ein Mann» und schweigen sowohl über Herkunft als auch Motiv! Das ist so widerlich, dass einem jeden Tag wieder die (legalen) Worte fehlen.

Wenn ich lese, dass kleine Kinder von Migranten der zweiten Generation in die Luft gesprengt werden und eine 7-Jährige von einem Afrikaner, ohne wie auch immer gearteten Aufenthaltsgrund, niedergestochen wird und stirbt, dann kann ich **nur noch Wut empfinden**. Wut gegen jene in ihren Regierungsstuben und bewachten

Wohnvierteln mit Privatschulen, weit weg von all dem Wahnsinn der Strasse, die das alles jeden Tag aufs Neue zulassen.

Passen Sie auf ihren Kopf auf!

Müller

Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/05/28/mueller-mault-wer-sich-heute-angemessen-aufregt-macht-sich-straftbar/>

Putin zur NATO-Aufrüstung: Russland wappnet sich gegen alle Eventualitäten

Sputnik; Mi, 31 Mai 2017 09:12 UTC

Auf einen Widerspruch zwischen den Nato-Plänen, mehr in die Verteidigung zu investieren, und den artikulierten Absichten, Beziehungen mit Russland zu verbessern, hat Russlands Präsident Wladimir Putin verwiesen.

«Auf dem Nato-Gipfel wurde davon gesprochen, dass die Nato gute Beziehungen mit Russland herstellen will», sagte er in einem Interview für die Zeitung «Le Figaro» nach Abschluss seines Frankreich-Besuchs. «Wozu sollen dann die Militärausgaben vergrößert werden? Gegen wen will man denn einen Krieg führen? **Darin stecken doch gewisse innere Widersprüche.**»

«Bekanntlich geben die Vereinigten Staaten heute für die Verteidigung mehr aus als alle Länder der Welt zusammen genommen», stellte der russische Staatschef fest. «Insofern verstehe ich den Präsidenten der Vereinigten Staaten sehr gut, der einen Teil dieser Bürde auf seine Nato-Verbündeten übertragen will.»

Diese Haltung bewertete Putin als «verständlich und pragmatisch». Zugleich fügte er hinzu: «In Wirklichkeit geht es uns nichts an.»

«Möge die Nato selbst klären, wer wofür zahlen soll, uns berührt das nicht besonders», so Putin. «**Wir gewährleisten unsere Verteidigungsfähigkeit und tun das sicher und mit Zukunftsperspektive.**»

Quelle: <https://de.sott.net/article/29611-Putin-zur-NATO-Aufruestung-Russland-wappnet-sich-gegen-alle-Eventualitaeten>



Vor einigen Tagen glänzte die BILD mit der Schlagzeile: «Russenmafia kassiert deutsche Pflegegelder». Es geht um ein Netzwerk von Pflegediensten, die die Pflegekassen um hohe Summen geprellt haben. Pfleger, Ärzte, Apotheker, aber auch Patienten und deren Angehörige haben gemeinsame Sache gemacht und Leistungen abgerechnet, die nie erbracht wurden.

Das ist alles ganz furchtbar, soll aber nicht Thema dieses Kommentars sein. Es geht mal wieder um die Russen. An sich. 70 Jahre hat sich ja keiner daran gestört, pauschal alle Sowjetbürger als Russen zu bezeichnen. Seit dem Ende der Sowjetunion bemüht man sich nun, die ganzen Nachfolgestaaten und deren Völker halbwegs richtig zu bezeichnen. Es sei denn, sie haben Mist verzapft. Dann sind es wieder «die Russen». Das System dieser Pflegemafia basierte wohl auch gerade darauf, dass alle Beteiligten Russisch sprechen – als gemeinsamen Identifikationsfaktor, der ihnen sicher auch half quasi als Geheimsprache, den Behörden so lange verborgen zu bleiben.

Der eigentliche Punkt an dieser Geschichte ist jedoch ein anderer. Wenn man den internen Bericht des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes NRW zu diesem Pflegeskandal öffnet, dann erfährt man, dass der grösste Teil dieser Betrüger aus der Ukraine stammt. Von 30 Artikeln querbeet durch alle grossen Mainstream-Medien findet man diese Aussage in einem. In allen anderen Berichten wird von «Russen» oder, etwas mehr um Korrektheit bemüht, von «russischsprachigen» oder «russischstämmigen» Menschen gesprochen.

Es gibt übrigens auch einen neuen Begriff, der jetzt anscheinend für Menschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken verwendet wird: russisch-eurasisch. Abgesehen davon, dass bei mir dieser Begriff unwohle Assoziationen mit der braunen Rassenlehre hervorruft, kann man nur darüber spekulieren, ob diese Begriffslancierung nun der Vereinfachung oder der Ausmerzung des gemeinsamen sowjetischen Erbes dieser Menschen dienen soll.

Aber zurück zum Thema. Die Russen waren es also. Das ist es, was alle schreiben und was bei den Lesern hängenbleiben soll. Wo bleibt der Protestschrei der Ukrainer? Gerade in den letzten Jahren musste man doch fast mit Todesdrohungen rechnen, wenn man Ukrainer als Russen bezeichnet hat. Und gerade die westlichen Medien haben tatkräftig die Mär verbreitet, dass Russen und Ukrainer nun rein gar nichts mehr gemein haben, es nicht Millionen Mischehen und eine fast beispiellose Verschmelzung der russischen und ukrainischen Kulturkreise gibt. Aber auch das ist ein anderes Thema.

Nun haben also Ukrainer etwas ausgefressen und werden prompt zu Russen gemacht. Es wäre auch unsensibel, gerade jetzt negativ über Ukrainer zu berichten. Gerade erst hat sich für die Ukrainer das Visa-Tor nach Europa geöffnet, wir haben noch die bunten Bilder vom Eurovision Song Contest im Kopf und überhaupt: Die armen Ukrainer. Wir lassen uns Minsk II nicht kaputtmachen. Da sind Faschisten im Parlament und die extremste Internetzensur, die Europa je erlebt hat nur local news.

Übrigens haben die Betrüger, gegen die nun ermittelt wird, alle einen deutschen Pass. Auch dieser Fakt wurde von keinem Medium thematisiert. In Deutschland leben schätzungsweise etwa drei Millionen «Russischsprachige». Die meisten von ihnen sind prima integriert und eher für ihre Rechtschaffenheit bekannt. Aber Russenmafia klingt so schön gefährlich. Die wurden vom Ausland eingeschleust, das sind gar keine richtigen Deutschen.

Allerdings muss ich die deutschen Medien etwas in Schutz nehmen. Der Fisch stinkt vom Kopf her. Denn der BKA-Bericht, auf dem die Skandalwelle basiert, nennt sich: «Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen durch russische Pflegedienste». Wenn selbst das deutsche Bundeskriminalamt, quasi ein offizieller Vertreter der deutschen Bundesregierung, mit solch diskriminierenden Pauschalisierungen arbeitet, dann kann man wohl den Medien keinen Vorwurf machen. Zum Recherchieren und tatsächlichen Lesen von Dokumenten, über die man berichtet, bleibt ja den Journalisten heutzutage keine Zeit. Und wenn das BKA von «Russen» spricht, dann darf man das ja wohl auch.

Das BKA ist also die neue BILD-Zeitung. Gut Nacht, Deutschland. Die Russen kommen.

* Die Meinung des Autors muss nicht mit dem Standpunkt der Redaktion übereinstimmen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20170601315980420-russophobie-in-deutschen-medien/>

Das Beispiel «Exportüberschüsse» zeigt: Merkel betreibt eine Politik gegen die eigene Bevölkerung

24. Mai 2017 um 16:40 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger

Veröffentlicht in: Aktuelles, Audio-Podcast, Denkfehler Wirtschaftsdebatte, Euro und Eurokrise, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech, Wettbewerbsfähigkeit



Bildquelle: NewStatesman

Erst in der letzten Woche haben die Macher der Anstalt dem Publikum vortrefflich erklärt, wie es zu den deutschen Exportüberschüssen kommt und warum diese Überschüsse ein Problem sind. Angela Merkel wird die Sendung wahrscheinlich nicht gesehen haben. Das legen zumindest die volkswirtschaftlichen Thesen nahe, die die ewige Kanzlerin vorgestern an einer Berliner Schule zum Besten gegeben hat. Wieder einmal kommt der Verdacht auf, dass Merkel mit der gesamten Thematik heillos überfordert ist. Kann oder will sie nicht verstehen, um was es bei den Exportüberschüssen geht? Da die Kanzlerin eine promovierte Physikerin und auch ansonsten nicht eben

auf den Kopf gefallen ist, muss man wohl von Letzterem ausgehen. Das heisst dann aber auch, dass die Kanzlerin eine Politik gegen die unteren 99% der Bevölkerung verfolgt. Warum will der Wähler davon nichts wissen? Welche volkswirtschaftlichen Kenntnisse darf man von einer Kanzlerin erwarten, die die «schwäbische Hausfrau» zu ihrem ökonomischen Ideal erklärt hat? Nicht viel, das ist klar. Wenn es eine rote Linie in Merkels ökonomischen Weisheiten gibt, dann ist es wohl die Erkenntnis, dass sie das Konzept einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht verinnerlicht und vielleicht noch nicht einmal verstanden hat. Besonders deutlich werden Merkels intellektuelle Fehlleistungen immer dann, wenn es darum geht, volkswirtschaftliche Probleme mit Argumenten zu verharmlosen, die sie offensichtlich 1:1 von Unternehmenslobbyisten vorgesetzt bekommen hat. Ein vortreffliches Beispiel dafür ist ihre jüngste Aussage zu den deutschen Aussenhandelsüberschüssen: «Der Euro ist zu schwach wegen der EZB-Politik, und damit sind deutsche Waren verhältnismässig billig.» Zweitens sei der Erdölpreis sehr niedrig. Wenn dieser höher läge, würde die Handelsbilanz des Öl-Importlandes Deutschland sofort anders aussehen. Angela Merkel – zitiert von Reuters

Das ist gleich ein ganzes Knäuel von teilweise aufeinander aufbauenden Aussagen, die oberflächlich sicher noch nicht einmal falsch klingen. Dieser Eindruck täuscht jedoch. Versuchen wir doch einmal das Merkelsche Knäuel zu entwirren und die Aussagen einzeln zu überprüfen:

Der Euro ist schwach

Eine Währung kann natürlich nie absolut stark oder schwach sein, sondern immer nur in Relation zu anderen Währungen. Um zu beurteilen, ob der Euro nun momentan «stark» oder «schwach» ist, muss man sich also die relative Wechselkursentwicklung zu den Währungsräumen anschauen, die für den Aussenhandel der Eurozone am wichtigsten sind. Der Euro ist in der mittelfristigen Perspektive beispielsweise schwach gegenüber dem Dollar und gegenüber dem Schweizer Franken, aber stark gegenüber dem britischen Pfund, dem japanischen Yen, dem russischen Rubel, der norwegischen Krone und der türkischen Lira. Eine Sonderrolle nimmt der chinesische Renminbi ein, der nicht frei gehandelt wird. **Von einer generellen Schwäche des Euros zu sprechen, ist also falsch.** Bestenfalls kann man von einer relativen Schwäche gegenüber dem Dollar sprechen; die USA stehen jedoch auch nur für ein Fünftel der deutschen Exportüberschüsse. Eine monokausale Erklärung bietet der Euro also nicht.

Die EZB ist Schuld für die relative Schwäche des Euro

Die grossen Währungsräume befinden sich seit spätestens 2010 in einem offenen Währungskrieg, bei dem jede Zentralbank ihre eigene Währung mit aller Kraft abwerten und die eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Nachbarn erhöhen will. Die negativen Auswirkungen dieser Kriege sind ein globales Problem – ob dadurch aber wirklich die Wechselkurse auch langfristig beeinflusst werden, ist umstritten. Langfristig bestimmen Angebot und Nachfrage den Wechselkurs einer Währung. Für die relative Schwäche des Euros gegenüber bestimmten anderen Währungen ist daher auch vor allem die deutsche Niedriglohnpolitik verantwortlich. Deutsche Produkte und Dienstleistungen sind günstiger, als sie sein müssten und werden daher häufiger international nachgefragt – daraus folgt, die Nachfrage nach Euros, die benötigt werden, um diese Güter zu kaufen, steigt. Gleichzeitig haben die deutschen Konsumenten jedoch weniger Geld in der Tasche – daraus folgt, die Nachfrage nach anderen Währungen sinkt, da relativ weniger Güter importiert werden. Nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage müsste der Euro nun eigentlich aufwerten. Stagnierende Reallöhne führen jedoch dazu, dass diese Effekte konterkariert werden. **Nicht der relativ schwache Euro, sondern die zu niedrigen Löhne sind Ursache der Exportüberschüsse.** Man sollte hier Ursache und Wirkung nicht vertauschen. Ob die EZB-Politik überhaupt einen Einfluss auf die Aussenhandelsbilanz hat, ist eine andere Debatte, die man hier nicht führen muss. Um es kurz zu machen: Ein Einfluss ist zwar vorhanden, man sollte ihn jedoch auf keinen Fall überbewerten, da die realen Güter- und Dienstleistungsströme um ein Vielfaches einflussreicher sind.

Ist der Euro überhaupt derart relevant?

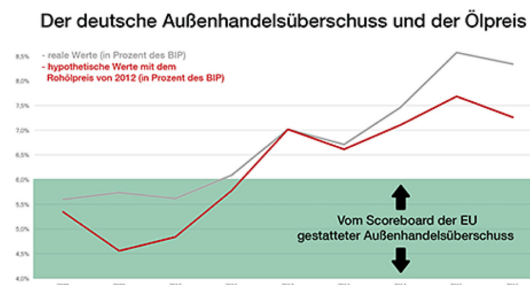
Wenn man – so wie ich es hier tue – nun über den Euro und die EZB debattiert, ist man der Kanzlerin schon in die Falle gegangen, da man unwissentlich das Narrativ akzeptiert hat, dass der Eurokurs überhaupt relevant sei für die deutschen Exportüberschüsse. So klar ist das jedoch keinesfalls. Der Euroraum als Block hat nämlich nur marginale Exportüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt und die Überschüsse der EU sind sogar noch geringer. Besonders problematisch sind daher auch nicht die Aussenhandelsüberschüsse des Euroraums gegenüber den USA oder der Schweiz, sondern die Überschüsse Deutschlands gegenüber den anderen Eurostaaten. Und dafür kann der Wechselkurs des Euros gegenüber anderen Währungen natürlich nicht verantwortlich sein. Richtig ist jedoch auch, dass die deutsche Exportwirtschaft massiv vom Euro profitiert, da Deutschland sich

durch den Euro relative Kostenvorteile gegenüber anderen Volkswirtschaften ergattern konnte. Ansonsten wäre die alte D-Mark aufgrund der Verschiebung von Angebot und Nachfrage bereits massiv aufgewertet worden – die Schweiz kann ein Lied davon singen. Die relative Wettbewerbsschwäche von Ländern wie Griechenland, Italien oder auch Frankreich sorgt so dafür, dass die deutsche Währung nicht all zu stark aufwertet und die Wettbewerbsfähigkeit hoch bleibt. **Das ist wunderbar für die Aktionäre der exportorientierten Unternehmen, aber gar nicht gut für den Rest der Bevölkerung, da die Kaufkraft der Deutschen dadurch ebenfalls künstlich niedrig gehalten wird.**

Der Euro spielt also schon eine Rolle für die Exportüberschüsse Deutschlands – jedoch nicht im Sinne der Argumentation Merkels.

Ist der niedrige Ölpreis für die deutschen Exportüberschüsse verantwortlich?

Angela Merkel hat auch eine plausibel klingende Erklärung für die stetig steigenden Exportüberschüsse: Der Ölpreis soll dafür verantwortlich sein, dass Deutschland immer mehr exportiert und immer weniger importiert. Dieses Argumentationsfragment kennt man auch schon aus den Erklärungen der Arbeitgeberverbände. Und auf den ersten Blick klingt das ja auch durchaus plausibel. Von 2010 bis in den Sommer 2014 lag der Rohölpreis durchgängig bei über 100 Dollar pro Barrel. Seitdem schwankt er mit Ausreißern um die 50 Dollar pro Barrel – also nur noch die Hälfte. Vollkommen klar – wenn wir weniger für den Importrohstoff Öl ausgeben, steigen automatisch die Exportüberschüsse. Aber reicht das als Erklärung aus?



Nein. Denn dafür ist das Handelsvolumen viel zu gering. Im letzten Jahr hat Deutschland Öl im Wert von 25,9 Milliarden Euro importiert. Der Exportüberschuss war demnach zehnmal so hoch wie der Gesamtwert der Rohölimporte. Selbst wenn man einmal hypothetisch unterstellen würde, dass der Ölpreis immer noch auf seinem Maximum von 2012 (125 US\$ pro Barrel, bei 59,8 Milliarden Euro Ölimporten für Deutschland) verharren würde, lägen die deutschen Exportüberschüsse noch bei 228 Milliarden Euro und damit bei 7,3% des Bruttoinlandproduktes – weit oberhalb der 6%-Grenze, die im gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichtsverfahren der EU als offizieller Grenzwert festgelegt wurde. Wobei nicht vergessen werden darf, dass dieser absurd hohe Grenzwert nur aufgrund massiver deutscher Lobbyarbeit zustande kam. Die Aussage Merkels, dass die deutsche Handelsbilanz mit einem anderen Ölpreis ganz anders aussähe, ist also eine reine Nebelkerze.

Verharmlosungen, Nebelkerzen und Stammtischparolen

Angela Merkel gibt sich redlich Mühe, das Problem der Aussenhandelsüberschüsse als eine Art Naturgesetz darzustellen. Die EZB und der Ölpreis – auch wenn die Erklärungen volkswirtschaftlich wirklich hanebüchen sind, haben den Vorteil, dass sie nicht im Handlungsrahmen einer Kanzlerin liegen und dank der chronischen Denkfaulheit der schreibenden Zunft ohnehin nicht hinterfragt werden. Angela Merkel ist also fein raus. Und wer weiss, dass er nicht von kritischen Journalisten, sondern von Hofschranzen umgeben ist, der kann dann auch mal den Populisten herauskehren und zünftige Stammtischparolen zum Besten geben:

Es müssten aber auch in anderen EU-Staaten gute Waren produziert werden, die die Deutschen kaufen wollten. Dies könne eine Regierung nicht anordnen. Angela Merkel – zitiert von Reuters.

Das lässt sich ebenso populistisch kontern: Natürlich trinkt der Michel lieber einen niedersächsischen Doppelkorn anstatt eines schottischen Macallans, verspeist lieber ein Industrieschnitzel aus dem münsterländischen Schweinegürtel anstatt eines abgehangenen amerikanischen Porterhouse-Steaks und bevorzugt das mecklenburgische Rapsöl gegenüber kaltgepresstem Olivenöl aus der Toskana, weil die deutschen Produkte einfach besser sind. Alleine der Gedanke, dass der Erfolg einiger deutscher Produkte für den Massenmarkt auch etwas mit dem Preis und dem bescheidenen Budget der Kunden zu tun haben könnte, scheint im politischen Deutschland ein Tabu zu sein.

Glaubt die Kanzlerin eigentlich selbst, was sie da sagt? Nein, das kann ich mir nicht vorstellen. Angela Merkel ist vieles, aber nicht unbedingt dumm, und als Kanzlerin hat sie es auch nicht nötig, opportunistischen Unsinn

nachzuplappern, weil dies der Karriereplanung förderlich ist. Wenn aber weder Dummheit noch Opportunismus eine Rolle spielen, dann kommt nur noch eine Lösung in Frage: Merkel ist eine ideologische Überzeugungs-täterin, die ihre Halbwahrheiten geschickt einsetzt, um eine Politik zu befördern, die einer kleinen Elite nutzt, dem Grossteil der Bevölkerung aber nur Nachteile bringt. Erstaunlich, dass Merkel dennoch von einer absoluten Mehrheit der Deutschen gewählt wird und auch mit sehr viel Fantasie keine Alternative zu ihr greifbar scheint. Offenbar leiden wir an einem kollektiven Stockholm-Syndrom.

Quelle: <http://www.nachdenkenseiten.de/?p=38436>

Wasser predigen aber Wein trinken – Vorstandsgehälter der Hilfsorganisationen

Veröffentlicht am 2. Juni 2017 von rsvarshan

Auswahl:

Ärzte ohne Grenzen e.V.: Geschäftsführer: 95 302.92 EUR

Medizinischer Leiter Projektmanagement 82 787.17 EUR

Leiter Projektmanagement 78 103.42 EUR; alles brutto

Quelle: Jahresbericht 2015, S. 64 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sites/germany/files/attachments/aerzt...>

Plan Deutschland e.V. (Jahr 2016) 103 000 EUR bis zu 160 000 EUR für Geschäftsführer (3 Mitglieder) (Jahr 2015: 98 000 EUR–160 000 EUR pro Geschäftsführer)

die drei höchsten Gehälter zusammen: 449 562 EUR (428 846 EURO im Jahr 2015); alles brutto ohne gesetzlichen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung;

Quellen: Rechenschaftsbericht Jahr 2016, S. 56; https://www.plan.de/fileadmin/website/05_Ueber_uns/PDF/Rechenschaftsber...

Rechenschaftsbericht Jahr 2015, S. 56; https://www.plan.de/fileadmin/website/05_Ueber_uns/PDF/Rechenschaftsber...

Misereor 2015: Geschäftsführung (3 Mitglieder) jeweils: 278 000 EUR (!!!) (Jahr 2014: 273 000 EUR), alles brutto ohne gesetzlichen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und betriebliche Altersvorsorge;

Quelle: Jahresbericht 2015, S. 52 <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/jahresbericht-2015.pdf>

Brot für die Welt: Präsidentin: 116 787.90 EUR (zzgl. 55 292.60 EUR Versorgungsumlage und Beiträge zur Versicherung für Pfarrer und Kirchenbeamte)

zweiter Vorstand: 130 880.10 EUR (zzgl. 6000.00 EUR Unterstützungskasse)

dritter Vorstand: 144 777.05 EUR;

alles brutto

Quelle: Jahresbericht 2015, S. 78. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/40_Ueber-uns/BfdW_...

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband:

Präsident: 128 544.20 EUR (zzgl. 65 870.18 EUR Versorgungsumlage und Beiträge zur Versicherung für Pfarrer und Kirchenbeamte)

zweiter Vorstand: 130 809.56 EUR (zzgl. 6000.00 EUR Unterstützungskasse)

dritter Vorstand: 139 399.99 EUR

Quelle: Jahresbericht 2015, S. 78. https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/40_Ueber-uns/BfdW_...

SOS Kinderdorf: Die drei höchsten Jahresgehälter zusammen: 471 489.87 EUR (Durchschnitt also: 157 163.29),

Quelle: Jahresbericht 2016, S. 22: <http://www.sos-kinderdorf.de/blob/133172/d7b0de8410e604831d9a07bf20ea8cf...>

Welthungerhilfe: Vorstände und leitende Angestellte: bis 155 000 EUR

Gesamtbezüge des Vorstands (4 Mitglieder) 2016: 420 000 EUR (inkl. 13. Monatsgehalt), Angeben alle brutto ohne gesetzlichen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Altersvorsorge

Quelle: Jahresbericht 2016, S. 40: <http://www.welthungerhilfe.de/ueber-uns/mediathek/whh-artikel/jahresberi...>

World-Vision: Zwei Vorstände zusammen: 261 000 EUR (Durchschnitt: 130 500 EUR)

Quelle: Jahresbericht 2015, S. 74 <https://www.worldvision.de/sites/default/files/pdf/World-Vision-Jahresbe...> (S. 38 im pdf)

UNICEF Deutschland: Nach langer Suche im ausführlichen Geschäftsbericht und nicht im gewöhnlichen Jahresbericht gefunden: 151 700 EUR für den Vorstand, Bereichsleitung Marketing: 130 100 EUR, Bereichsleitung Finanzen: 124 600 EUR, sonstige Bereichsleiter: 119 800 EUR; alles brutto und ohne gesetzl. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Altersvorsorge

Quelle: ausführlicher Finanzbericht 2015, S. 9 (im pdf Seite 5):

<https://www.unicef.de/blob/113584/bb778c5bbec8372a1c1b5315e3cc0f00/ausfu...>

Save the Children: Die drei höchsten Jahresgehälter betrugen 2015 zusammen 235 000 EUR (Durchschnitt also 78 333.33 EUR), alles brutto

Quelle: Jahresbericht 2015, Seite 31 (S. 16 im pdf): https://www.savethechildren.de/fileadmin/Dokumente_Download/Downloadbere...

Caritas Erzdiozöse München-Feising:

nichts gefunden!!

Quelle: <https://www.caritas-nah-am-naechsten.de/media/Media1889920.PDF>

Liste wird laufend ergänzt

P.S. NGOs, die das DZI-Spendensiegel verwenden, müssen Angaben über die Gehälter ihrer Geschäftsführer machen, mindestens summiert, laut DZI-Spenden-Standard, S. 25, Ziffer 7: Seite 25, Ziffer 7 http://www.dzi.de/wp-content/pdfs_Spendenberatung/SpS-Leitlinien.pdf

Eigener Kommentar:

Da erübrigt sich jede Frage wer den Löwenanteil der Spendengelder einsackt.

Quelle: <https://rsvdr.wordpress.com/2017/06/02/3474/>

Es besteht kein Zweifel – Trump hat im Wahlkampf gewaltig übertrieben.

Wieviele Wahlversprechen wird er überhaupt einhalten?

Quelle: Spiegel-Online – Die Alpenschau bedankt sich!

Quelle: <http://alpenschau.com/2017/04/18/donald-trump-macht-keine-politik-er-macht-deals-die-fuenf-grossen-kehrtwenden-seiner-wahlversprechen/>



19:16 24.05.2017(aktualisiert 09:27 25.05.2017)

Die EU baut in aller Öffentlichkeit eine eigene Militärstruktur auf, sagt Linkspartei-Vize Tobias Pflüger. Er warnt vor einer «gefährlichen Entwicklung», die von Deutschland dominiert werde. Der Beitrag eines US-Politikmagazins dazu kann eine Warnung aus Washington sein, «nicht zu weit zu gehen», meint er wie Friedensforscher Otfried Nassauer.

«Deutschland baut heimlich eine europäische Armee unter seinem Kommando auf», meldete das US-Politikmagazin Foreign Policy am Montag in seiner Onlineausgabe. Der Beitrag beruft sich dabei auf das von Deutschland angeregte Nato-Programm «Framework Nation Concept». Nach diesem wird eine Einheit der tschechischen Armee und eine der rumänischen Armee mit jeweils 1500 bis 5000 Soldaten der Bundeswehr unterstellt. Die entsprechenden Vereinbarungen wurden im Februar dieses Jahres unterzeichnet, wie die FAZ damals berichtete.

Das US-Magazin sieht das als «radikalen Schritt» im Vergleich zu vorherigen ähnlichen Entwicklungen wie beispielsweise dem 1. Deutsch-Niederländischen Korps, das seit 1995 besteht. In dem Beitrag wird Carlo Masala, Politikwissenschaftler an der Bundeswehr-Universität in München, zitiert, für den Berlin so zeigt, mit der europäischen militärischen Integration fortfahren zu wollen, auch wenn andere Mitglieder der Europäischen Union (EU) noch nicht so weit seien. «Es ist ein Schritt hin zu mehr europäischer militärischer Unabhängigkeit», so Masala laut dem Beitrag.

«Europäisches Leuchtturmprojekt»

Einheiten kleiner Nato-Staaten in die «Ankerarmee» Bundeswehr zu integrieren, bringe solchen Ländern den Vorteil, von den deutschen Ressourcen profitieren zu können. Foreign Policy verwies auf das niederländische Beispiel: Die Niederlande hatten 2011 ihren letzten eigenen Panzer verkauft, dafür können sie jetzt die deutschen Leopard nutzen. Für die Bundeswehr ergibt sich aus solcher Zusammenarbeit, eigene Lücken füllen zu können. Sie wird derzeit erneut umgebaut, um «die gesamten Streitkräfte umfassend entlang des gesamten Eskalationsspektrums bis hin zum Kampf in allen Dimensionen auszurichten», wie Generalleutnant Erhard Bühler, Abteilungsleiter Planung im Bundesverteidigungsministerium, im März im Onlinemagazin des Bundeswehrverbandes schrieb.

«Neue Nato-Planungsziele an alle Mitgliedstaaten ausgehend von der Bündnisverteidigung werden zu weiteren Veränderungen in der Bundeswehr führen. Diese fordern deutlich intensivierte Agieren in der Multinationalität. Die europäischen Nationen müssen beim Bereitstellen einsatzbereiter Fähigkeiten noch weiter zusammenwachsen.» Bühler bezeichnete das «pragmatische Zusammenarbeiten mit derzeit 15 europäischen Nationen im von Deutschland initiierten Framework Nation Concept (FNC)» als «europäisches Leuchtturmprojekt».

Alles öffentlich und nicht geheim

Doch es soll sich nicht um eine «europäische Armee» handeln, die Elisabeth Braw im US-Magazin Foreign Policy im Entstehen sieht. «Vom Aufbau einer europäischen Armee ist nicht im Ansatz die Rede», kommentierte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums auf Sputnik-Nachfrage. Dem widerspricht Tobias Pflüger, Vizevorsitzender der Linkspartei und Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen, indem er darauf aufmerksam macht, dass nicht der Begriff entscheidend sei. Im Gespräch mit Sputnik sagte er, die Bundesregierung erhalte zunehmend Einfluss auf die fortgesetzte Militarisierung der EU, aber auch auf den «europäischen Pfeiler» der Nato. Das gehe anders als bisher diskutiert in Richtung einer europäischen Armee, bestätigte Pflüger den Beitrag des US-Magazins in der Tendenz.

«Das Einzige, was falsch ist an dem Artikel, ist dass das geheim abläuft. Die Dokumente sind weitestgehend öffentlich verfügbar. Insofern ist das eine Entwicklung, über die wenige Medien berichten, aber die durchaus bekannt ist.»

Deutschland sei ein «dominanter Faktor» in den gegenwärtigen militärischen Strukturen innerhalb des europäischen Nato-Teils, der sich auch in der Kooperation der Bundeswehr mit den Armeen der baltischen Staaten zeige.

Der Linkspartei-Politiker und Abrüstungsexperte sieht die Wahl von US-Präsident Donald Trump und den «Brexit» als «Brandbeschleuniger der EU-Militarisierung». Auf diese macht die IMI-Gruppe seit Jahren aufmerksam, so jüngst erst wieder mit der Broschüre «Kein Frieden mit der Europäischen Union». Es werden eigenständige militärische Strukturen geschaffen, was zum Beispiel das beschlossene EU-Hauptquartier zeige. «Wir werden Stück für Stück immer mehr eine Militärmacht Europäische Union bekommen», beschrieb Pflüger die weitere Entwicklung und betonte mit Blick auf den Lissabon-Vertrag als Grundlage dafür: «Die Europäische Union ist inzwischen auch ein Militärbündnis.» So sei zum Beispiel die EU-Beistandsklausel für den Kriegsfall härter als die der Nato. Das gehe allerdings in der Debatte und Berichterstattung über die EU und deren Zukunft unter.

«Gefährliche Entwicklung»

In diesem neuen europäischen Militärbündnis spiele Deutschland und die Bundesregierung «eine ganz zentrale Rolle». Der neue französische Präsident Emmanuel Macron sei «ein Partner im Geiste, der diese Entwicklung genauso intensiv vorantreiben will». Es gebe zwar nicht die von Foreign Policy vermutete EU-Armee, so Pflüger, aber «Stück für Stück» bilde sich in der EU eine Militärstruktur heraus, «die von einzelnen Mitgliedsstaaten deutlicher dominiert ist, insbesondere Deutschland».

«Ob man das nun europäische Armee nennt oder nicht, ist im Grunde genommen zweitrangig. Es ist eindeutig eine gefährliche Entwicklung.» Pflüger hält es für möglich, dass der Beitrag des US-Politmagazins ein indirektes Zeichen der US-Politik an die EU ist. Washington habe bisher immer begrüßt, dass die europäischen Nato-Mit-

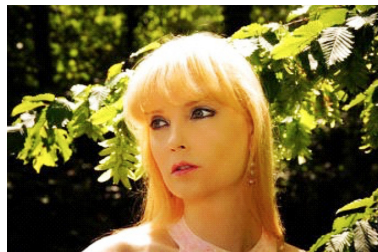
gliedert mehr Geld für Rüstung ausgeben. Die Herausbildung eigenständiger Militärstrukturen der EU sei aber von jedem US-Präsidenten eher skeptisch gesehen worden, «weil das auch bedeuten kann, dass man in bestimmten Interessengebieten die USA aussen vor lässt». Pflüger erinnerte an den EU-Militäreinsatz im Tschad 2007/2008 unter französischer Führung und mit deutscher Unterstützung ohne die USA. Der Artikel im US-Magazin könne bedeuten: «Geht da nicht zu weit, treibt es nicht zu bunt in diesem Bereich, aber grundsätzlich ist es nicht falsch, was ihr macht.»

Ähnlich sieht es der Abrüstungsexperte Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Er wies gegenüber Sputnik darauf hin, dass die US-Regierungen seit Ende des Kalten Krieges «ängstlich» auf jede europäische Zusammenarbeit im Militärbereich reagierten. Zugleich würden die USA aber gegenwärtig parallel zur Nato eigene Übungen mit den baltischen Staaten an der russischen Westgrenze durchführen und selbst eigene Wege gehen. Es bleibt der Eindruck, dass sich da zunehmend auch auf militärischem Gebiet eine Konkurrenzsituation zwischen der EU und den USA entwickelt. Zunehmend weisen zum Beispiel deutsche Politiker und Transatlantiker darauf hin, dass die EU sich Stück für Stück von den USA abkoppeln müsse. So hatte der SPD-Aussenpolitiker Karsten Voigt in einem Vortrag in Berlin Anfang Mai erklärt, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik müsse dazu beitragen, sich «in kleinen Schritten» von den USA loszulösen. Das sei auch eines der Projekte der neuen Regierung in Paris und der Bundesregierung. Im April hatte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), bei einer Veranstaltung der transatlantisch orientierten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wie andere gefordert, die EU müsse ein internationaler Akteur werden, «auch als militärisches Bündnis». Er erinnerte daran, dass die «Global Strategy» der EU von Juni 2016, «noch vor Trump», das Ziel «strategischer Autonomie für Europa» beschrieben habe. Damit wurde deutlich, dass die aktuellen europäisch-US-amerikanischen Konflikte nicht erst mit dem neuen US-Präsidenten begannen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20170524315872812-deutsche-europa-armee-kein-geheimnis/>

Exklusivinterview: Silvana Heißenberg zu Systemkritik und die Zukunft Europas

26. Mai 2017



Silvana Heißenberg – Bildquelle: Silvana Heißenberg

Silvana Heißenberg, Schauspielerinnen und Model, sagt über sich selbst «*Mir verbietet keiner den Mund!*» Doch die medialen Reaktionen auf die von ihr öffentlich geäußerte Kritik am politischen System in Deutschland und an den «offenen Grenzen» der Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigen Wirkung: RTL und Sat.1 beendeten die Zusammenarbeit mit ihr.

Die aus den Serien «*Einsatz in Köln*» und «*Auf Streife*» bekannte Heißenberg, die von sich selbst sagt, dass sie bis Ende 2015 eher mässig an Politikthemen interessiert war, glaubt, dass man an ihr und an anderen kritischen Künstlern, die sich zur «*aktuellen Regierungs- und Asylpolitik äussern, ein Exempel statuieren will, damit andere öffentliche Personen abgeschreckt und eingeschüchtert*» werden.

www.konjunktion.info hatte die Möglichkeit eines Exklusivinterviews mit Frau Heißenberg, das wir im Folgenden veröffentlichen:

Konjunktion (im Weiteren K): Frau Heißenberg, als erfolgreiche Schauspielerinnen und Model sind Sie es gewöhnt, im Rampenlicht der Medien und der Öffentlichkeit zu stehen. Hätten Sie je gedacht, dass Sie einmal in einem anderen «Licht» dastehen, weil Sie Kritik am herrschenden System geübt haben und viele unangenehme Tatsachen ansprechen?

Silvana Heißenberg (im Weiteren SH): Ich war der Auffassung, dass wir in Deutschland in einer Demokratie leben und ich mein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen könnte, da irrte ich mich gewaltig, denn durch meine öffentlichen, regierungs- und asylkritischen Meinungsäußerungen, wurde ich vom NDR in

die «rechte Ecke» gedrängt, woraufhin RTL und Sat.1 die Zusammenarbeit mit mir kündigten. Wenn die eigene Meinung nun zensiert wird, leben wir in keiner Demokratie, sondern in einer Meinungsdictatur.

Facebook ist dafür das beste Beispiel, denn dort werden Systemkritiker gesperrt oder komplett gelöscht, wie man es u. a. mit Imad Karim und Felix Baumgartner machte. Felix Baumgartner wurde ebenfalls als «Hetzer» bezeichnet, weil er die Wahrheit über die eingewanderten Migranten sagte.

K: Sie sprachen in mehreren Interviews davon, dass der Alleingang Merkels bei der Migrantenfrage, als auch die Silvesternacht 2015/2016, für Sie von grosser Bedeutung waren, was sie dazu bewog, Ihre Meinung öffentlich dazu zu äussern. Gab es neben diesen beiden Geschehnissen weitere Themen, die Sie kritischer gegenüber dem Establishment werden liessen?

SH: Der Alleingang Merkels und die Silvesternacht 2015/2016 brachte bei mir endgültig das Fass zum Überlaufen. Das war längst nicht alles, denn die sogenannten «Einzelfälle» der Migrantenkriminalität nahmen kein Ende. Ich erlebte fast keinen einzigen Tag, an dem es keine Nachrichtenberichte über Gesetzesbrüche von Migranten gab. Von Diebstahl, Mehrfachidentitäten, um sich noch mehr Geld zu erschleichen, Einbrüche, schwere Körperverletzung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, Mord, Terroranschläge, ... Die Liste ist sehr lang.

Das BKA, Herr de Maizière, Claus Strunz, ... veröffentlichten Zahlen und berichteten über die rasante Zunahme krimineller Migranten in unserem Land.

Zitat «WELT»: «Zahl der tatverdächtigen Zuwanderer stieg 2016 um 52,7%.»

Es kommen ja auch nicht nur Syrer zu uns, sondern hauptsächlich Wirtschaftsmigranten aus dem kompletten Nahen Osten und ganz Afrika. Angeblich ging es doch «nur» um syrische Kriegsflüchtlinge.

Die Politiker ignorieren weiterhin, dass sie ausschliesslich Angestellte des deutschen Volkes sind, und nur diese Interessen zu vertreten haben, weder ihre eigenen – noch vorrangig die Interessen der ganzen Welt, und das auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. Das eigene Volk kommt immer an erster Stelle.

Die Politiker haben einen Amtseid geschworen, u. a. «... Schaden vom Volk abzuwenden ...», das Gegenteil ist der Fall, wie es ein erschreckender Artikel in der FAZ vom Verfassungsschutz beweist:

Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» veröffentlichte am 9.5.2017 folgende Aussage vom Verfassungsschutz:

«Deutsche müssen sich auf neue Anschläge einstellen. Laufend werden Terrorverdächtige festgenommen.

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maassen warnt:

Extremisten können wieder zuschlagen. ...

Er sieht die Gefahr eines terroristischen Anschlags in Deutschland als sehr konkret an. Die Sicherheitslage habe sich seit 2016, als es vier kleinere Attacken und das Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Berlin gegeben habe, nicht verbessert. ... Die Bürger müssen sich mental darauf einstellen, dass ein Anschlag passieren kann. ...»

«Wir» müssen uns auf gar nichts einstellen, denn «wir» haben diesen todbringenden Terror nicht illegal in unser Land importiert, sondern einzig und alleine gesetzeswidrig handelnde, antideutsche und amtseidbrechende Regierungsvertreter.

Die Bürger haben das Recht, in Frieden und Sicherheit zu leben und sich nicht mental auf weitere tödliche Anschläge einzustellen, wie es aktuell in Manchester geschah!

Ein Skandal ist ebenfalls, dass viele Migranten mit Bewährungsstrafen oder milden Strafen davonkommen, wenn sie hier geltendes Recht brechen und schwere Straftaten begehen, vor allem in Vergewaltigungsfällen.

Wahre Kriegsflüchtlinge wären dankbar, endlich ausser Lebensgefahr zu sein, würden sich anpassen, keine Forderungen stellen und schon gar keine Verbrechen verüben.

K: Warum, Frau Heißenberg, glauben Sie, dass man Sie in diesem Fall so extrem angeht? Will man an Ihnen – ähnlich wie bei Xavier Naidoo – ein Exempel statuieren?

SH: Ja, an Xavier Naidoo und mir sollen ganz klar Exempel statuiert werden, damit es andere öffentliche Personen davor abschreckt und einschüchtert, sich kritisch gegen die aktuelle Regierungs- und Asylpolitik zu äussern, und ebenfalls beruflich ruiniert zu werden.

K: Würden Sie angesichts der jetzt stattfindenden Berichterstattung gegen Sie noch einmal so handeln und sich kritisch gegen Merkel und deren Handeln äussern?

SH: Da sich in der Zwischenzeit nichts, aber auch gar nichts in diesem Land und vor allem in der Asylpolitik zum Positiven verändert hat, sich die Gefahrenlage für die Bevölkerung noch dramatischer verschlechtert hat, viele Frauen abends Angst haben, unbegleitet auf die Strasse zu gehen, um nicht auch von enthemmten Migranten vergewaltigt zu werden, viele Eltern ihre Kinder nicht mehr unbeaufsichtigt draussen spielen lassen, weitere Millionen illegaler Wirtschaftsmigranten zu uns kommen sollen und werden und die Meinungszensur durch antideutsche Parteien noch weiter verschärft wurden und werden, würde ich selbstverständlich erneut so handeln.

K: Viele Menschen sind heute – selbst in einem solchen reichen Land wie Deutschland – am Kämpfen, um die eigene Existenz zu sichern. Liegt hier in Ihren Augen, Frau Heißenberg, ein Grund, warum die Menschen weder Politik noch Medien hinterfragen?

SH: Es ist traurig, dass Menschen in Deutschland überhaupt um ihre Existenz kämpfen müssen, noch einen Zweitjob benötigen, um über die Runden zu kommen. 2,5 Mio. arme Kinder leben hier, die Altersarmut ist so hoch wie nie. Viele Rentner, die lebenslang arbeiten gingen, müssen ergänzende Sozialhilfe beantragen oder Flaschen sammeln gehen, anstatt unbekümmert ihren Lebensabend zu genießen.

Hunderttausende Obdachlose haben wir in Deutschland. Auch das beweist, dass die Regierung dieses Landes absolut versagt hat, unfähig – und nicht länger tragbar ist.

Anstatt unseren Bürgern zu helfen, werden Milliarden für illegale Migranten verschleudert, obwohl ja «eigentlich» gar kein Geld da ist, zumindest nicht für das deutsche Volk.

Ich kann, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen, wie Menschen so naiv sein können, weder Politik noch Medien zu hinterfragen. Gerade in der heutigen Zeit kann sich jeder durch die alternativen Medien im Internet kundig machen.

Diese Faulheit und Gleichgültigkeit vieler Menschen macht es den Politikern so einfach, dieses Volk für dumm zu verkaufen und weiter in die Armut zu treiben.

Die Diäten der Politiker und die Steuern für die Bürger werden ständig erhöht und niemand wehrt sich dagegen, sondern es wird tatenlos hingenommen. Mich beschämt dieses Verhalten sehr.

K: Kritische Zeitgeister werden gerne und schnell vom Mainstream in bestimmte «Ecken» gestellt, um sich nicht mit deren Argumenten auseinandersetzen zu müssen. Viele sehen darin einen bewussten Vorgang, der insbesondere in Deutschland aufgrund seiner Historie bestens funktioniert. Doch gerade Begriffe wie «Verschwörungstheoretiker» verfangen immer weniger und werden daher von neuen «Umschreibungen» wie «Fake News» abgelöst. Wie beurteilen Sie, Frau Heißenberg, die Medienlandschaft in Deutschland? Gerade weil Sie auch Teil derselben (ob nun positiv oder negativ) sind?

SH: Die «Historie Deutschlands» ist ein beliebtes Mittel, um den Menschen einen Schuldkomplex einzureden, damit sie, wie schuldige Duckmäuser, alles mit sich machen lassen. Und das ist der grösste Fehler überhaupt. «Wir Deutschen» tragen keinerlei Schuld und dürfen uns diese «Schuld» auch nicht länger einreden lassen. Wir leben heute und nicht vor über 70 Jahren. Und wenn jemand «Schuld» hat, dann wieder ausschliesslich die Regierenden, damals und heute, aber nicht das deutsche Volk. Das sollte endlich jeder begreifen. Die sogenannte Nazikeule ist nur noch lachhaft.

Unseren Grosseltern, Eltern, Kindern, Enkelkindern und unserem Land gegenüber sind wir etwas schuldig und sonst niemandem.

Als Verschwörungstheoretiker und «Fake News» werden meistens nur Menschen und Berichte bezeichnet, die die Wahrheit sagen und über diese berichten, und zwar regierungskritisch.

Die wahren «Fake News» sind bei gesteuerten Propaganda Medien und Journalisten zu finden, die oftmals absichtlich wahre Fakten verschweigen oder dreist lügen.

Sehr gute Beispiele: «Merkel ist wieder beliebt wie nie ... Die Renten sind sicher ... Wir schaffen das ... Mit mir wird es keine PKW-Maut geben ...»

K: Eine letzte Frage noch, Frau Heißenberg. Was wünschen Sie sich persönlich für die nächsten Jahre und wie glauben Sie, wird sich die Lage in Deutschland, Europa und der Welt sowohl politisch, wirtschaftlich als auch zwischen den Bevölkerungen weiterentwickeln?

SH: Ich wünsche mir das, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre, nämlich dass sich Politiker endlich für ihr eigenes Volk einsetzen, ihren Amtseid befolgen, sich an geltende Gesetze halten und dafür sorgen, dass es dem gesamten deutschen Volk gut geht.

Laut Gesetz hat in Deutschland niemand das Recht auf Asyl, der aus sicheren Drittstaaten kommt. Ergo hat jeder illegale Wirtschaftsmigrant Deutschland sofort zu verlassen, denn so verlangt es das Gesetz.

Die Kriegsursachen müssen bekämpft werden und den Kriegsopfern vor Ort geholfen werden.

Die gesamten Aussengrenzen müssen sofort wieder gesichert und geschlossen werden.

Wir haben ein Recht, in Frieden und Sicherheit zu leben, und ganz bestimmt haben wir uns nicht auf weitere todbringende Terroranschläge und Vergewaltigungen einzustellen und dies hinzunehmen.

Da dies aber nicht geschehen wird, da die EU alle Grenzkontrollen endgültig verbieten will, werden weiterhin Abermillionen illegale Migranten und Terroristen aus dem Nahen Osten und ganz Afrika unkontrolliert ganz Europa überschwemmen. Kein europäisches Land kann noch mehr Migranten verkraften, die Sicherheit für die Bevölkerungen kann dann gar nicht mehr gewährleistet werden. Finanziell wird jedes Land kollabieren, denn wer soll diese Milliardenkosten bezahlen?

Die Sozialsysteme kollabieren nach kürzester Zeit, da die wenigsten Migranten gewillt sind zu arbeiten und keine berufliche Qualifikation oder keinen Schulabschluss besitzen noch unsere Sprache sprechen.

Europa wird zerbrechen, die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bürgerkrieg ausbrechen wird und wieder Millionen von unschuldigen Menschen sterben werden, ist sehr hoch.

Vielen Dank für das Interview und Ihnen persönlich alles Gute für die Zukunft.

K: Auch seitens www.konjunktion.info bedanken wir uns für die Möglichkeit des Interviews und wünschen Ihnen, Frau Heißenberg, Alles Gute.

Anmerkung www.konjunktion.info: Die im Interview geäußerte Meinung und die Äusserungen stellen nicht die Ansichten des Betreibers von www.konjunktion.info dar, sondern sie sind das persönliche Meinungsbild der Interviewten, Frau Heißenberg. Das Interview fand per Mail-Austausch statt, so dass klassische Gegen-/Nachfragen nicht möglich waren, um beispielsweise auf bestimmte Aussagen oder Passagen von Frau Heißenberg nochmals explizit einzugehen.

Entsprechend des Mottos von www.konjunktion.info gilt auch hier: Ein Artikel bildet zwangsweise die Meinung eines Einzelnen ab. In Zeiten der Propaganda und Gegenpropaganda ist es daher umso wichtiger sich mit allen Informationen kritisch auseinanderzusetzen. Dies gilt auch für die hier aufbereiteten Artikel, die nach bestem Wissen und Gewissen verfasst sind. Um die Nachvollziehbarkeit der Informationen zu gewährleisten, werden alle Quellen, die in den Artikeln verwendet werden, am Ende aufgeführt. Es ist jeder eingeladen, diese zu besuchen und sich ein eigenes Bild mit anderen Schlussfolgerungen zu machen.

Quelle: <https://www.konjunktion.info/2017/05/exklusivinterview-silvana-heissenberg-zu-systemkritik-und-die-zukunft-europas/>

Meinungsmache bestimmt unser Leben

Zum Versagen der Medien und zur notwendigen Gegenöffentlichkeit

26. Mai 2017 um 16:53 Uhr | Verantwortlich: Albrecht Müller

Veröffentlicht in: Aufrüstung, Erosion der Demokratie, Medienkritik, Strategien der Meinungsmache

Das wird das Thema einer Diskussionsveranstaltung am 22. Juni in Hamburg. Vorgestern haben wir dieses Thema mit den Vertretern des NachDenkSeiten-Gesprächskreises in Hamburg formuliert. Gestern wurde die Analyse bei Lanz, im ZDF «heute journal» und reihenweise bei anderen Medien bestätigt. Wir werden unglaublich manipuliert und das Publikum lässt mehrheitlich alles mit sich machen. Es ist wie bei Goebbels, nur bürgerlich eingepackt. Kommen Sie jetzt bloss nicht mit der Warnung vor dem Nazivergleich. Diese Warnung zeigt, dass jene, welche mit dieser Warnung wie aus der Pistole geschossen kommen, keine Ahnung davon haben, was um uns herum vorgeht und wie die Medien vereint mit der Politik die Demokratie kaputtmachen. Ein paar Belege für diese Analyse:

1. Die NATO als Heilsbringer und die Zustimmung zu Out-of-Area-Einsätzen der Bundeswehr als Beleg für die politische Korrektheit

Gestern hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Scholz bei Lanz die Zusammenarbeit mit der Linkspartei deshalb abgelehnt, weil dort das Bekenntnis zur NATO und zu Out-of-Area-Einsätzen jeglicher Art fehle. So etwas Irres kann der Hamburger Bürgermeister nur verlautbaren, weil die Journalisten jede Manipulation mitmachen und offenbar immer weniger Leute wissen, was der politische Hintergrund ist: Dass die SPD noch 1989 für das Ende der NATO war, dass Frieden der Ernstfall und nicht die militärische Intervention ein Markenzeichen der Sozialdemokratie war. Alles über Bord gekippt.

2. Rüstung und nicht Abrüstung sind ganz selbstverständlich gefragt

In einer wirren Debatte zwischen dem neuen amerikanischen Präsidenten und der von den Atlantikern geprägten medialen Mehrheitsmeinung ist entgegen der bisherigen Absicht, abzurüsten, das Gegenteil festgezurr worden. Ein Meisterstück an Manipulation zugunsten der Rüstungswirtschaft. Ihre PR-Agenturen haben den Preis für die beste und wirkungsvollste Propaganda des Jahres 2017 verdient. Schon jetzt.

3. Die NATO soll auf den Kampf gegen den Terrorismus umgeschworen werden. Und gleichzeitig wird bekannt, dass der letzte gravierende Terrorakt in Manchester vermutlich der Racheakt eines Libyers für die Ermordung eines anderen jungen Libyers durch britische Jugendliche gewesen war.

Das lassen die Medien nebeneinanderstehen, ohne eine Verbindung herzustellen, und damit die notwendige Frage zum Sinn der Umwidmung der NATO auf den militärischen Kampf gegen den Terrorismus zu verbinden. Und ohne die Frage zu stellen, ob dieser eskalierende militärische Kampf überhaupt in der Sache Sinn macht.

4. Im ZDF «heute journal» kommt ein Vertreter einer Lobbyorganisation zur Sprache – so als wäre das ein ganz normaler Sachverständiger. Das ist eine hemmungslose Irreführung der Zuschauer. Übrigens sechs Minuten lang.

Auch da wird so getan, als wäre die NATO sakrosankt und unser Heilsbringer. Donald Trump habe bei seinem Besuch in Brüssel versäumt, die Unsicherheit in Europa auszuräumen, sagt Jan Techau vom Forschungsinstitut American Academy Berlin.

5. Beim Evangelischen Kirchentag kann der frühere US-Präsident auftreten und Werbung für Angela Merkel machen, ohne dass seine Verantwortung für unzählige Kriege und für Hunderttausende von Toten zur Sprache gebracht wird.

Man muss den Eindruck gewinnen, dass Aufklärung keine Chance hat. Und dennoch bleibt uns gar nichts anderes übrig, als auch am Ende dieser Woche festzustellen: Weitermachen.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=38477>

Die Schweiz wird «weg-migrationalisiert»

Freitags-Kommentar vom 26. Mai 2017, von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Immer mehr Ausländer

Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte diese Woche einen neuen Bericht über die Bevölkerungsstruktur der Schweiz. Immer mehr Menschen verfügten demnach über einen «Migrationshintergrund» – ganze 36 Prozent seien es insgesamt. Bei den unter Sechsjährigen beträgt dieser Anteil gar über 50 Prozent! Doch das ist nur die halbe Wahrheit. De facto leben hierzulande noch viel mehr Menschen mit direkten, ausländischen Wurzeln. Der grosse Bevölkerungsaustausch ist Realität. Während die Zahl der «Bio-Schweizer» kontinuierlich abnimmt, nimmt die Zahl der Personen mit ausländischem Hintergrund stark zu: In der Schweiz leben heute über 2,5 Millionen Menschen, die über 15 Jahre alt sind und einen Migrationshintergrund haben – was einer Zunahme von über 50 Prozent zwischen 2003 und 2015 entspricht. Der Bevölkerungsanteil über 15 Jahre ohne Migrationshintergrund ist im gleichen Zeitraum von 70 auf 63 Prozent gesunken.

Keine Trend-Umkehr in Sicht

Alle Prognosen kommen zum selben Schluss: Es wird in Zukunft keine Trend-Umkehr geben, sind doch in den letzten 20 Jahren stets mehr Personen in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Das zeigt sich insbesondere bei Kindern: Je jünger die Kinder sind, desto eher gehören sie einem Haushalt mit Migrationshintergrund an. 54 Prozent der Kinder unter sechs Jahren lebten im Jahr 2015 in einem Haushalt mit Migrationshintergrund. Aber auch bei anderen Altersgruppen ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch: Bei den 31- bis 40-Jährigen hat fast jeder Zweite einen Migrationshintergrund (49 Prozent). Bei den 32-, 37- und 38-Jährigen hat sogar die Mehrheit einen Migrationshintergrund. Zum Vergleich: Bei den 61- bis 70-Jährigen sind es gerade mal 23 Prozent.

Was heisst «Migrationshintergrund»?

Bei diesen Erhebungen interessiert einen natürlich umgehend die Frage: Was bedeutet eigentlich «mit Migrationshintergrund»? Im ersten Moment mag man schätzen, diese Bezeichnung umfasse alle Personen mit mindestens einem ausländischen Elternteil. Doch weit gefehlt! Würde dieses Kriterium gelten, müsste das Bundesamt für Statistik von weit mehr als 2,5 Millionen Menschen berichten.

Als Personen mit Migrationshintergrund werden nämlich eingestuft:

- Personen ausländischer Staatsangehörigkeit
- eingebürgerte Schweizer (ausser: die Person und deren Eltern wurden in der Schweiz geboren)
- gebürtige Schweizer mit Eltern, die **beide im Ausland geboren** wurden.

Keinen Migrationshintergrund hat man laut Bundesamt für Statistik, wenn man:

- als Schweizer zur Welt gekommen ist und mindestens ein Elternteil in der Schweiz geboren wurde.

Was die Statistik verschweigt

Sie merken es sofort, oder? Diese Kriterien verschleiern das ganze Ausmass der «Ver-Ausländisierung» oder «Weg-Migrationalisierung» der Schweiz – ohne dies zu werten. Ein in der Schweiz geborener und eingebürgerter Kosovo-Albaner, dessen ebenfalls eingebürgerter, kosovarisch-stämmiger Vater in der Schweiz geboren ist, hat laut Bundesamt für Statistik beispielsweise keinen Migrationshintergrund!

Heiratet der eingebürgerte Neu-Schweizer nun wiederum eine in ihrem Heimatland aufgewachsene Kosovo-Albanerin (die zu ihm in die Schweiz zieht) und kriegt mit ihr ein Kind, das sie in der Schweiz grossziehen – dann wird dieses Kind in keiner Bundes-Statistik als «mit Migrationshintergrund» ausgewiesen, obwohl offensichtlich ist, dass es einen ausländischen Hintergrund hat.

Als «ohne Migrationshintergrund» gelten zum Beispiel auch die Kinder, die ein Schweizer mit seiner ausländischen Partnerin – sei sie aus Thailand, Senegal, der Dominikanischen Republik oder der Ukraine stammend – gezeugt hat. Obwohl man es den Kindern nur schon optisch ansieht, dass sie einen fremden (Teil-)Hintergrund haben, werden sie vom Bund als «Bio-Schweizer» ohne Migrationshintergrund ausgewiesen, schliesslich ist mindestens ein Elternteil Schweizer oder hier geboren. Wie absurd ist das denn?

Es liegt auf der Hand: Der Bund weist einen viel zu niedrigen Migrations-Anteil aus. Ob das wohl Absicht ist?

Schweizer bald die Minderheit?

Der grösste Anteil der in der Schweiz lebenden Ausländer kommt im Übrigen – noch! – aus Europa, nämlich zu 85 Prozent, wobei die italienischen Staatsbürger mit über 300 000 die grösste Gruppe sind. Bereits sieben Prozent haben eine Staatsbürgerschaft eines asiatischen Landes – fünf Prozent haben einen Pass eines afrikanischen Staats, bei denen all die «Sans-Papiers» oder jene tausende Asylbewerber, die nicht wissen wollen, woher sie kommen, allerdings nicht eingerechnet sind.

Die Statistik zählt übrigens über 60 000 Personen «mit nicht bestimmbarem Migrationsstatus». In den vergangenen 25 Jahren ist logischerweise auch die Zahl der Einbürgerungen sprunghaft angestiegen – nicht weniger als 775 000 Ausländer sind eingebürgert worden. Das ist mehr als die Einwohnerzahl des drittbevölkerungsreichsten Schweizer Kantons, des Kantons Waadt.

Werden keine politischen Massnahmen getroffen, um die unkontrollierte Masseneinwanderung umgehend zu stoppen, kann es als unumkehrbare mathematische Realität betrachtet werden, dass die ethnischen Schweizer in wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land geworden sind – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Quelle: <http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/>

Die EU bleibt eine Diebstahl-Union

Was hat die Schweiz in Brüssel verloren?

Brüssel versucht krampfhaft, die nicht mehr zu bewältigende Überschuldung einer Grosszahl von EU-Mitgliedsländern totzuschweigen. Die Überschuldungskrise bleibt damit allerdings ungelöst.

Der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Mario Draghi bleibt weiterhin nichts anderes übrig, als die sich weiter auftürmenden Schulden mittels Notenpresse (in Wahrheit natürlich mittels rein «künstlichem», da ungedecktem Buchgeld) zu «decken» – und für die daraus resultierenden Zinslasten die Null- bzw. Negativzins-Politik rigoros durchzusetzen.

Überschuldungskrise bleibt ungelöst

In Wahrheit bedeutet dies: Mittels von oben angeordneter «Zinsnullung» werden die Schuldner notdürftig vor dem andernfalls unausweichlich eintretenden Bankrott bewahrt. Den Schaden tragen die ehrlichen, soliden Sparer. Sie werden buchstäblich all ihrer Früchte in Form von Zinsen auf ihren Ersparnissen beraubt – beziehungsweise mittels Negativzinsen faktisch ausgeplündert. Die ruchlosen, eigentlich hinter Schloss und Riegel gehörenden Schulden-Verursacher berauben obrigkeitlich gedeckt die ehrlichen Sparer.

Trotzdem nimmt die Überschuldung weiter zu – einem Krebsgeschwür vergleichbar. Die faktische Hauptlast trägt Deutschland. Die Guthaben der Deutschen Bundesbank aufgrund nicht erfolgter – weil unmöglich zu leistender – Ausgleichszahlungen seitens der Zentralbanken der EU-Mitgliedsländer aufgrund der Exporterfolge Deutschlands betragen demnächst eine volle Billion Euro (€ 1 000 000 000 000) – eine Summe, die gewiss nie mehr eingebracht werden kann. Sie wird von der Bundesbank trotzdem – um das Überschuldungs-Kartenhaus nicht zum Einsturz zu bringen – als «Guthaben» in der Bilanz geführt.

«Institutionelle Anbindung» der Schweiz

Und an diese am Abgrund des Schuldensumpfes dahintaumelnde EU soll die Schweiz nach dem Willen des brüsselsüchtigen Bundesbern «institutionell angebunden» werden. Mit einem als «Rahmenvertrag» getarnten Unterwerfungsabkommen.

Nach wie vor behauptet Bundesbern – mit Economiesuisse im Schlepptau (mit jener Organisation also, die sich in der Energieabstimmung, in der es um den «Treibstoff für die Wirtschaft» ging, aus eigener Kraft zur Sprachlosigkeit verurteilt hat) – unablässig: Ohne diesen Rahmenvertrag drohe der Schweiz unausweichlich die totale «Isolierung» in Europa.

Personenfreizügigkeit als Zerfallsursache

Dass die scheinbar unlösbare Krise der EU zur Hauptsache auf die von den Brüsseler Funktionären stur durchgesetzte Personenfreizügigkeit zurückzuführen ist, blenden Bern und Brüssel einvernehmlich aus. Obwohl vor allem das sture Festhalten an dieser verderbliche Masseneinwanderung anfeuernde Personenfreizügigkeit sowohl den Brexit als auch den Aufstieg von die EU torpedierenden Parteien in fast allen EU-Mitgliedsländern ausgelöst hat. Davor verschliessen sich zu Brüssel weiterhin alle Augen.

Entsprechend wuchert das Siechtum der rettungslos überschuldeten EU weiter: Italien sitzt auf einem faktisch bankrotten Bankensystem. Es kann allein noch durch virtuelle, deckungslos auf Papier geschriebene Stützungszahlungen aus der völlig leeren, gefährlichst überschuldeten Staatskasse am Leben gehalten werden, wofür Null- und Negativzinspolitik auf Gedeih und Verderb dekretiert werden muss.

Griechenlands Überschuldungskrise bleibt völlig ungelöst; ja, sie steuert gar neuen Konflikten entgegen.

In Frankreich hält die Ent-Industrialisierung aufgrund des für Paris ganz einfach zu starken Euro an – trotz aufgegangenem Macron-Stern.

Deutschland kann sich zwar erneut als Export-Weltmeister feiern. Die EU-«Kunden» von Deutschlands Wirtschaft können vielfach jedoch bloss mit Geld zahlen, das ihnen Deutschland in scheinbar unermesslichem Ausmass zur Verfügung stellt – theoretisch als Darlehen, faktisch als à fonds perdu-Leistung.

Mit Wahrheitsverdrehung in die EU?

Doch Bundesbern behauptet weiterhin, dass die Schweiz ohne «institutionelle Anbindung» an das todkranke Brüsseler Schuldengeflecht kaum überleben könne.

Es tischt dafür weiterhin die längst als Unwahrheit entlarvte Behauptung auf, wonach die Personenfreizügigkeit unantastbar bleiben müsse, weil andernfalls «die Bilateralen» wegfallen würden. EU-No/US

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/die-eu-bleibt-eine-diebstahl-union_161

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz